

Inhalt

Semesterspiegel

4 Der Semesterspiegel sucht eine GeschäftsführerIn

Hochschulpolitik

4 September 2003: Follow-up und EEF – von Caren Heuer

7 öds löst sich auf – Alles hat ein Ende

8 Die Verblödung der politischen Klasse wird langsam gefährlich – Neoliberale Sachzwang-Ideologie erfaßt zunehmend auch die Linke

10 Viva los Presidentes! – Bilanz über das Verhalten des SP-Präsidenten

11 Der Präsident, der keiner war (letzter Teil) – Ein offener Brief an die LSI von Michael Schramm

12 Studierendenparlament-News

13 ÖPNV: AStA empört über Vertragsverletzung

13 Außer Spesen nicht gewesen – Studiengebühren in Niedersachsen

14 Senat fordert Erhalt der Zuschüsse zu Studentenwerken

14 Universität Münster stellt auf Recyclingpapier um

15 Höhere Mathematik – vom Öffentlichkeitsreferenten Ronny Maul

Kurzgeschichtenwettbewerb

16 Halbzeit

17 Schnürsenkel – Die dritte Geschichte unseres Kurzgeschichtenwettbewerbs

Satire

18 Kopftuchstreit – Eine Kurzgeschichte von Osman Engin

Politik

19 Kopftuch, Kadi, Krisenszenarien – Wie ein Stück Stoff einen gesellschaftlichen Eiertanz auslöst ...

21 Studentinnenjob Messehostesse – Wie die Internationale Automobilausstellung 2003 wirklich war

23 Vom ›Westfälischen‹ Frieden zum globale Blutvergießen – Über den Militarismus in der ›Friedensstadt‹ Münster

Münster

24 Die Polizei, dein Freund und Helfer

25 Luxus Kino

Buchrezension

26 Schätze aus Ladakh

26 Der DJ als Unternehmer – Nelson George schreibt der ›schwarzen Musik‹ in der USA

Impressum

HerausgeberInnengremium:

Dagmar Diener
Maren Lurweg
Michael Schramm
Baldo Sahlmüller
Michael Thomann

Chefredaktion und v.i.S.d.P.:

David Juncke (dju)

Redaktion:

Jan Balthasar (jab)
Stefan Küper (skü)
Torsten Bewernitz (bew)
Maike Rocker (mar)
Benjamin Yu (yub)
Kerstin Schnatz (kes)

Layout / Illustration:

Simone Söndgen (sis)

Geschäftsführung:

Christian Wohlgemuth

Redaktion und Anzeigenverwaltung:

Schlossplatz 1, 48149 Münster
ssp@uni-muenster.de

Druck: AStA-Druck

Auflage: 4.000

Redaktionsschluss SSP 344:

30. November 2003

SSP virtuell:

www.semesterspiegel.de

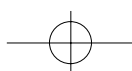
Der Semesterspiegel ist die Zeitung der Studierenden der Universität Münster. Die Artikel geben die jeweiligen Meinungen des/der AutorIn wieder. Das gilt auch für namentlich gekennzeichnete Artikel von Mitgliedern des Redaktionsteams. Sie dienen auf Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung der Förderung der politischen Bildung, des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins und der Bereitschaft zur Toleranz (HG-NW § 72 (2) Satz 4).

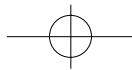
Manuskripte bitte digital (auf Diskette/CD oder per e-mail in Formaten von üblicher oder kostenlos verfügbarer Software, Bilder im Original oder als tif-Datei (300 dpi, unbearbeitet)) an die Redaktion unter Angabe von Namen, Adresse und Bankverbindung. Disketten/ CDs und Fotos können nach dem Erscheinen des SSP im AStA-Büro abgeholt werden. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen. Artikel unter Synonym werden nicht veröffentlicht. In begründeten Ausnahmen können AutorInnen ungenannt bleiben.

Honorar: 0,01 Euro für 6 Zeichen

Fotohonorar: 10 Euro

Karikatur: 15 Euro





Liebe Leserin, lieber Leser, herzlich Willkommen, Erstsemester!

Die neuen Studierenden an unserer Westfälischen Wilhelms-Universität möchte ich im Namen der Redaktion des Semesterspiegels ganz besonders mit diesem Vorwort begrüßen und unsere Studi-Zeitung im Folgenden kurz vorstellen.

Der Semesterspiegel – kurz SSP – erscheint normalerweise (d.h. wenn nicht gerade Gelder gespart werden müssen) jeden Monat im Semester und wenn bedacht wird, dass euch die 344. Ausgabe vorliegt, dann ist leicht festzustellen, dass diese Zeitschrift schon einige Jahre auf dem Buckel hat. Der SSP berichtete schon zur Zeit der heißen 68er, also in einer Zeit, in der Studierende politisch noch sehr aktiv waren, und er berichtet heute noch über viele Dinge, die auch über die Grenzen unserer Universität hinausgehen.

An dieser Berichterstattung kann sich jeder als freier Mitarbeiter beteiligen und so seine Reportagen, Rezensionen oder was auch immer einer breiten studentischen Öffentlichkeit präsentieren. Einfach einen Artikel schreiben und die Datei der Redaktion unter ssp@uni-muenster.de zuschicken. Wenn der Artikel veröffentlicht wird, lässt sich so sogar das schmale Budget des armen Studenten aufbessern, schließlich gibt es ein ansehnliches Zeilen- und Fotohonorar. Weitere diesbezügliche Informationen gibt es im Impressum.

Ihr seht, auch euch Studienbeginnern steht Nichts eurer kreativen Ader entgegen! Und wenn ihr euch schon zu Beginn des Semesters in Vorlesungen und Seminaren langweilt, dann seid ihr mit der vorliegenden Ausgabe bestens bedient.

Neben den obligatorischen Informationen rund um die Hochschule und um die Hochschulpolitik greift der SSP das ›Kopftuch-Urteil‹ des Bundesverfassungsgerichts auf. Hierzu lag der Redaktion sowohl ein Beitrag eines freien Mitarbeiters, als auch eine Kurzgeschichte von Osman Engin vor. So bekommt ihr beides zur Lektüre geboten: Kritische Berichterstattung und leichte Kost, die das Thema satirisch aufs Korn nimmt.

Einer Preisumstellung der besonderen Art ist SSP-Redakteur Stefan Küper nachgegangen. Er beschäftigt sich in seinem Artikel *Luxus Kino* mit einer anstehenden Preiserhöhung im Cineplex. Dazu sprach er mit dem Geschäftsführer der bundesweit vertretenen

Kinokette und zog aus diesem Gespräch die traurige Konsequenz: Kinobesuche werden noch teurer.

Einem ganz anderem Luxusgut, nämlich tollen Autos auf der diesjährigen Internationalen Automobilausstellung, war Kerstin Schnatz auf der Spur. Sie arbeitete dort als Messehostess und musste dabei leider erleben, dass die Verbindung von heißen Schlitten und notgeilen Messebesuchern für die jungen Hostessen meistens alles andere als toll ist. Ihr Beitrag gibt euch Lesern mal die Chance, die IAA aus einem kritischeren Blickwinkel heraus zu sehen, als er euch von anderen Medien präsentiert wird.

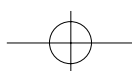
Doch da Autos von uns Studierenden eh kaum zu finanzieren sind und in Münster im Vergleich zur Leeze auch mehr Nach- als Vorteile aufweisen, sei der Beitrag *Die Polizei, dein Freund und Helfer* insbesondere den ungefahrenen Radnutzern ans Herz gelegt. Wer polizeilichem Verwaltungshandeln aus dem Weg fahren will und dabei sein Portemonnaie schützen möchte, der sollte sich in Münster an gewisse Regeln halten und es ja nicht wagen, auch nur zehn Meter ohne Licht zu fahren. Aber lest selbst!

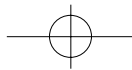
Wie ihr schon jetzt gemerkt habt, bietet euch der vorliegende SSP wieder eine große Auswahl an Beiträgen. Deshalb wünsche ich Euch nun viel Spaß bei der Lektüre und ein ordentliches Wintersemester. Der nächste Semesterspiegel erscheint übrigens erst nach den Wahlen zum Studierendenparlament. Wir sehen uns also Anfang Dezember wieder. Bis dahin grüßt Euch Euer

David Juncke
Chefredakteur



Privat





Der Semesterspiegel sucht ab sofort

einE GeschäftsführerIn.

Die Stelle ist auf ein Jahr befristet, dann erfolgt eine Neu-Ausschreibung.

Der Semesterspiegel erscheint zur Zeit 6- bis 7-mal jährlich während der Vorlesungszeit. Aufgabe der Geschäftsführerin/des Geschäftsführers ist es, die Zeitung an den verschiedenen Instituten der Universität Münster zu verteilen, das Honorar der freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzurechnen sowie Anzeigen einzuwerben.

Voraussetzung für die Einstellung ist ein Führerschein der Klasse B (bzw. Klasse 3).

Die Tätigkeit wird mit 75 Euro pro Ausgabe vergütet, zusätzlich werden eingeworbene Anzeigen mit 20 Prozent ihres Wertes honoriert.

Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Bewerbungen von Schwerbehinderten werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt.

Die Bewerbung ist schriftlich in einem verschlossenen Umschlag zu richten an:

Semesterspiegel – Zeitung der Studierenden
der Uni Münster

Stichwort: Geschäftsführung

Schlossplatz 1

48149 Münster

Bewerbungsschluss:

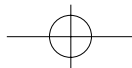
Vom 18. bis zum 20. September trafen sich die europäischen BildungsministerInnen in Berlin, um über die weitere Ausgestaltung des Bologna-Prozesses, über neue Ziele und Schwierigkeiten bei der Umsetzung zu beraten. Zeitgleich fand an der Humboldt-Universität das erste Europäische Bildungsforum (European Education Forum = EEF) statt, auf dessen Workshop-Agenda der Bologna-Prozess einen großen Stellenwert einnahm. War das EEF ein ›Gegengipfel‹? Und was war überhaupt noch mal der Bologna-Prozess? Weshalb sahen sich Studierende genötigt, eine Parallelveranstaltung zum MinisterInnentreffen zu initiieren? Hierzu eine persönliche Stellungnahme.

Ausgangspunkt für den Bologna-Prozess war die Sorbonne-Erklärung: 1998 trafen sich die BildungsministerInnen Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Großbritanniens anlässlich des 800. Jahrestages der Universität Sorbonne in Paris. Das Treffen endete mit der Verabschiedung der Sorbonne-Erklärung, in der erstmals die Konstituierung eines Europäischen Hochschulraums formuliert wurde. Angesichts der Tatsache, dass die großen Unterschiede zwischen den nationalen Bildungssystemen die Mobilität der Studierenden und WissenschaftlerInnen hemmten, einigte man sich auf eine Harmonisierung der europäischen Hochschullandschaft, d.h. auf eine Angleichung der nationalen Bildungssysteme.

Ein Jahr später unterzeichneten die Ministerinnen und Minister von 29 europäischen Ländern die Bologna-Deklaration, die im wesentlichen auf der Erklärung von Sorbonne beruht.

Die MinisterInnen betonten, dass die Schaffung eines europäischen Hochschulraums im Sinne der verbesserten





September 2003: Follow-up und EEF

internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der globalen Attraktivität europäischer Hochschulsysteme unumgänglich sei. Hierbei sollte nicht nur die Mobilität gefördert werden, sondern auch die arbeitsmarktbezogene Qualifikation (employability) der HochschulabsolventInnen. Zu diesem Zweck wurden 6 konkrete Ziele formuliert:

1. Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, auch durch die Entwicklung eines Diplomasupplements (Diploma Supplement).

2. Europaweite Gliederung des Studiums in zwei Hauptzyklen: der erste Zyklus endet nach drei Jahren mit dem ersten, arbeitsmarktrelevanten Abschluss (undergraduate), der darauffolgende Abschluss führt entweder zum Master oder zur Promotion (graduate).

3. Einführung eines Leistungspunktesystem ähnlich dem ECTS (European Credit Transfer System), das den Erwerb von Leistungspunkten bzw. Credits auch außerhalb der Hochschulen ermöglicht (Stichwort: Lebenslanges Lernen)

4. Abbau von Mobilitätshindernissen, wie z.B. durch die Anerkennung von Auslandsaufenthalten zu Forschungs-, Lehr- und Ausbildungszwecken

5. Verstärkte europäische Zusammenarbeit bei der Qualitätssicherung, speziell bei der Erarbeitung vergleichbarer Kriterien und Methoden

6. Herausbildung und Stärkung der »europäischen Dimension« im Hochschulbereich im Zusammenhang der Lehrinhalte, der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen usw.

Die Anwesenden beschlossen, die ge-

nannten Ziele bis 2010 umzusetzen und vereinbarten sich bis dahin im Zwei-Jahres-Rhythmus wiederzutreffen. Damit war eine »follow-up-Struktur«, ein kontinuierlicher Prozess in die Wege geleitet worden, der unter dem Namen *Bologna-Prozess* in die Hochschulpolitik einziehen sollte.

Das erste Nachfolgetreffen im Mai 2001 in Prag zog vier neue Unterzeichnerstaaten mit ins Boot des Europäischen Hochschulraums. Das in Prag verabschiedete Communiqué *Towards the European Higher Education Area* würdigte die wichtige Rolle der europäischen Studierendenvertretung ESIB (National Unions of Students in Europe), deren VertreterInnen an der Prager Konferenz teilnehmen durften. ESIB hatte zuvor ihre grundsätzliche Zustimmung zum Bologna-Prozess signalisiert. Den RepräsentantInnen von ESIB war es dann auch zu verdanken, dass die soziale Dimension von Mobilität in den Themenschwerpunkt der Deklaration Einzug fand. Dementsprechend werden die Studierenden in dem Communiqué als konstruktive Partner bei der Ausgestaltung des europäischen Hochschulraums bezeichnet.

Die Vorbereitung des nächsten Treffens, diesmal in Berlin, wurde einer speziellen Vorbereitungsgruppe übertragen, der *Bologna Preparatory Group*, deren Vorsitz Deutschland in Gestalt des Bildungsministeriums übernahm.

Am Vorabend des erneuten Hochschulgipfels gab es in Deutschland auf Seite der studentischen Interessensvertretung allerhand Unmut: Die geplante Einführung oder Realisierung von Studiengebühren/-konten führt zu Massenprotesten, die Entwicklung gestufter Studiengänge unter der Flagge Bachelor/

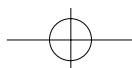
Master hat nicht selten zu einer Verschulung des Studiums geführt, während die neuen Studiengänge gleichzeitig von der Kultusministerkonferenz genutzt werden mal wieder über Zugangsvoraussetzungen – jetzt zum zweiten Zyklus – zu diskutieren.

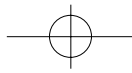
Die Gestaltung von Leistungspunktesystemen ist in Deutschland weder einheitlich, noch wird das Modell in seiner eigentlichen Definition umgesetzt: Statt der Berechnung des tatsächlichen Arbeitspensums (workload) einer Studentin, werden vielfach die pro Jahr zu erreichenden Punkte einfach auf alle Veranstaltungen verteilt. Unkenntnis oder Unverständnis? Beides schlägt den studentischen VertreterInnen auf allen Ebenen entgegen.

Auch das deutsche Qualitätssicherungssystem, das Akkreditierungsverfahren, stößt auf Kritik, stehen doch die Akkreditierungsagenturen im ständigen Wettbewerb zueinander und müssen von den Hochschulen bezahlt werden. Die Hochschulen suchen sich also nicht nur die preisgünstigsten Agenturen zur Akkreditierung der neuen Studiengänge aus, sondern auch die Agenturen die in ihrem Sinne akkreditieren. Kann so effektiv Qualität sichergestellt werden?

Überhaupt Wettbewerb: Vielen stoßen die Begriffe »Wettbewerbsfähigkeit« und »employability« sauer auf, scheint hier dem Primat der Ökonomie Rechnung getragen worden zu sein. Andere sehen hier drin lediglich das Anrecht der Studierenden gewahrt, mit dem an der Uni Gelernten auf dem Arbeitsmarkt noch was anfangen zu können, wo die Luft auch für AkademikerInnen immer dünner wird.

An dieser Frage scheiden sich die Geister. Die studentischen Interessen-





vertreterInnen sprechen nicht länger mit einer Stimme: Ist der Bologna-Prozess endlich die notwendige Reformbewegung, die den begrenzten Horizont nationaler Bildungssysteme aufbricht hin zu einer weltoffenen, mobilen Hochschullandschaft, die den Ansprüchen einer immer enger zusammenrückenden Welt gerecht wird? Oder öffnet der Bologna-Prozess Tür und Tor für ein Bildungswesen, das unter der Prämisse der Wirtschaftlichkeit, der Beschäftigbarkeit, organisiert und strukturiert ist? Gefährdet der Bologna-Prozess die Freiheit von Studium, Lehre und Forschung?

Diese Fragen werden auch auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz diskutiert, wo die Differenzen ziemlich schnell deutlich werden, sich jedoch die Idee eines gemeinsamen Treffens herausspinnt. Nächstes Jahr in Berlin nur zum Thema Bildung, das wäre doch was!

Zurück in Deutschland das große Überlegen und irgendwann im Dezember die Entscheidung beim studentischen Netzwerk *Education-is-not-for-sale*, es zu versuchen. Auf dem ersten Vorbereitungstreffen in Brüssel findet sich der Titel und der Slogan: *Another education is possible!* Man einigt sich auf ein Forum, das für SchülerInnen, Studierende, und Lehrende, Workshops anbietet und mit einer Abschlussdemo endet. Die Workshops werden unter verschiedenen Schlagworten angeboten: ›Society and education‹, ›possibilities of participation‹, ›internationalization‹, ›access to education‹. Danach beginnt die Sysiphus-Arbeit: Einrichten eines Orga-Verteilers, Logo und Aufruf entwerfen, alles übersetzen, Pressearbeit, UnterstützerInnen und GeldgeberInnen finden und mobilisieren. Einmal im Monat großes Orgatreffen.

Ich selbst gehöre zur Mobilisierungsgruppe und erinnere mich noch zu genau an meine erste Mailaktion: Um die 200 Mails an unterschiedlichste Bildungseinrichtungen und nur 7 Antworten. Dennoch wächst die UnterstützerInnenliste parallel zu den Problemen. Vom ›Gegengipfel‹ ist schon lange nicht mehr

die Rede, doch der Begriff sitzt in den Köpfen fest. Zu Recht sagen die KritikerInnen, dass ein Gegengipfel die Position von ESIB als Konferenzteilnehmer gefährden könnte. Vielen ist der Aufruf zu links, anderen Gruppen wiederum ist er zu rechts. Was immer beides eigentlich heißen sollte. ESIB selbst lehnt es ab, den Aufruf zu unterzeichnen. Zwar begrüßt ESIB den Umschwung vom Gegengipfel zum offenen Forum, kritisiert jedoch, dass das EEF zu deutsch und nicht europäisch genug sei. Dass gerade ESIB dies hätte ändern können, dieser Gedanke ist den ESIB-VertreterInnen nicht gekommen.

Die Kritik in Deutschland am EEF ist viel größer als im Ausland, auch der AStA Uni Münster entscheidet erst nach langen Debatten, dann aber doch im Konsens, das EEF zu unterstützen.

Der Weg zum Veranstaltungsbeginn ist von Unwägbarkeiten gesäumt, die Sache scheint nicht nur einmal zum Scheitern verurteilt, noch am Tag vor Veranstaltungsbeginn schmeißt uns die Gebäudeversicherung aus dem Vertrag.

Aber alles wird gut: Als die ersten anreisen, übernehme ich gerade den Dienst an der Garderobe und tue auch in den nächsten Tagen nicht viel mehr, als zwischen Garderobe und Infotisch hin und her zu rennen. Die internationale Beteiligung ist doch noch gelungen, es sind Menschen aus Spanien, Italien, Griechenland, Weißrußland, Dänemark und Norwegen, aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, aus der Schweiz, Österreich, Schweden, Belgien, Irland und weiß der Himmel woher noch da.

Die Workshops laufen gut, auch die Schlafplatzverteilung. Die Abende sind kulturell mit Life-Konzerten gefüllt, für den Hunger zwischendurch gibt es einen Falafelwagen und Berlin präsentiert sich mit Sonne satt von der besten Seite. Auf den Abendplena wird deutlich, wie groß die Unterschiede in den Ansichten über den Bologna-Prozess sind, und wie sehr dies von der nationalen Herkunft abhängt. Die konkreten Ergebnisse sollen in der Zeit nach dem EEF in einem Reader zusammengefasst werden, der zu

diesem Zeitpunkt noch in Arbeit ist.

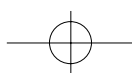
Der Grundtenor ist jedoch klar auszumachen: Alle wenden sich gegen Modelle der Bildungsfinanzierung durch Studiengebühren u.ä. und lehnen eine Ökonomisierung der Bildungssysteme ab, welche das Ideal der kostenfreien Bildung für alle ebenso gefährdet, wie den emanzipatorischen Auftrag der Lehre.

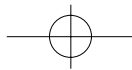
Insgesamt haben zwischen 600 und 1000 Leute am EEF teilgenommen. Niemand von diesen war in der Tageschau und der Bologna-Prozess wurde am Sonntag drauf nicht zum Thema bei Sabine Christiansen. Aber es gibt jetzt eine stärkere internationale Vernetzung von SchülerInnen und Studierenden, die ausbaufähig ist und damit den Interessen dieser Gruppe größeres Gehör verleihen kann. Das EEF war der Versuch der Partizipation und der Versuch, Unwillen daran zu bekunden, dass die vom Bologna-Prozess unmittelbar Betroffenen nur unzureichend gehört werden. So ist ESIB auch in Berlin nur geladenes, nicht aber abstimmungsberechtigtes Konferenzmitglied gewesen. Das EEF hat daran nichts geändert, aber es hat eine Tür geöffnet.

Das Beeindruckendste am EEF war für mich das große Engagement von den zehn Menschen, die den Kern des Organisationsteams ausgemacht haben, und die sich selbstlos trotz Studium, Abitur und Nebenjob, dem EEF der Sache wegen gewidmet haben. Meine Hochachtung!

Ach ja, was gab's nun Neues vom MinisterInnentreffen? Die Unterzeichnerstaaten sind auf 40 angewachsen (u.a. Russland und Vatikanstadt), es bedarf besserer internationaler Koordinierung und Zusammenarbeit, es soll auch noch einen europäischen Forschungsraum und einen europäischen Doktorgrad geben und das nächste Treffen ist 2005 im norwegischen Bergen. Geht das EEF dann in die zweite Runde?

Caren Heuer
Referentin für Hochschulpolitik





öds löst sich auf

– alles hat ein Ende ...

... auch das einer politischen Hochschulgruppe. Die Ökologisch-Demokratischen Studierenden (öds), Gruppe Uni Münster lösen sich auf. Für die Mitglieder und Aktiven der Hochschulgruppe kommt diese Entscheidung nicht plötzlich. Bereits seit Monaten wurden händierend neue aktive Leute gesucht. Obwohl man durchaus fündig geworden ist, können nach dem Ausscheiden der ›alten Hasen‹ die entstehenden Lücken nicht geschlossen werden. Zwar wäre es auch in diesem Winter wieder problemlos möglich gewesen anzutreten und auch ein Mandat zu erringen. Aber ob man dem Auftrag dann noch gerecht werden würde, war für die meisten Mitglieder nicht mehr sicher. Aus diesem Grund hat man sich darauf verständigt, die Ortsgruppe Münster am 21. September 2003 aufzulösen und nicht mehr zu Studierendenparlamentswahlen anzutreten.

Ein Rückblick

Die öds war seit 1997 mit ihrer ersten Wahlteilnahme kontinuierlich im Studierendenparlament vertreten. Sie erzielte Ergebnisse zwischen 3 und 6 %. Trotz des langjährigen Engagements blieb man aber auf den Oppositionsbänken. Dabei wurde versucht, die veralteten und unfairen Strukturen zu demokratisieren. In Sachentscheidungen blieb man flexibel, räumte Missverständnisse aus, versuchte die insbesondere damals vorherrschenden Grabenkämpfe zwischen ›Links‹ und ›Konservativ‹ und ›was-auch-immer‹ mit Weitblick zu durchbrechen. Die öds brachte als kleinste Liste oft Farbe in den grauen politischen Hochschulalltag und hätte fast einen AStA-Vorsitzenden gestellt ... Wer mit uns ein wenig in Nostalgie schwelgen möchte, der kann das auf unseren web-sites machen: www.muenster.org/oeds

Besonders schade an einem langjährigen Engagement ist, dass die geleistete Arbeit verschwindet und nachher alles so aussieht, als ob man gar nicht existiert hätte. Sicherlich werden auch die meisten Gedanken an die öds verschwinden. Was aber als größter Erfolg auch noch der Universität für die nächsten 20 Jahre erhalten bleiben wird, ist die erfolgreiche



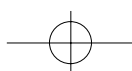
Beinah AStA-Vorsitzender 01/02: öds Urgestein
Christian Wohlgemuth

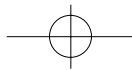
Privat

Umsetzung des *Uni-Solar-Projektes*. Die durch die öds initiierte – zum damaligen Zeitpunkt – größte Uni-Solaranlage Deutschlands auf der Mensa I wird auch in Zukunft noch eine Menge sauberen Strom produzieren. Ein Beispiel dafür, dass Politik etwas bewirken kann, dass man auch etwas als Opposition auf die Beine stellen kann, und dass Ökonomie und Ökologie sich nicht ausschließen müssen.

Zum Abschluss bedankt sich die öds bei allen Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen, das uns die politische Arbeit erst ermöglicht hat. Den verbleibenden und neuen politischen Hochschulgruppen wünschen wir viel Erfolg bei der Arbeit und einen gesunden Streit um die besten Entscheidungen.

Christian Wohlgemuth





Neoliberale Sachzwang-Ideologie erfaßt zunehmend auch die Linke

Die Verblödung der politischen

Schon seit Jahren läßt sich in der ›großen Politik‹ verfolgen, wie Finanz-Argumente jene ›pragmatische Politik‹ ausmachen, die die Gesellschaft (nicht nur) in diesem Land weiter polarisiert.

Den ›kleinen Leuten‹ wird mit der Begründung eines angeblichen ›Sparzwangs‹ immer mehr genommen – auch die aktuellen Reformvorhaben der Regierung und der längst mitregierenden konservativen ›Opposition‹ zeigen dies – während sich die großen Unternehmen bzw. eine entsprechende Manager- und Kapitalistenklasse unhinterfragt immer unverschämter bereichern dürfen. Alles Gejammer um leere Sozial- und Rentenkassen soll lediglich die zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen sowie die zunehmende Marginalisierung von Besitz- und Arbeitslosen bewirken.

Dies geschieht übrigens ganz nach den Vorgaben der führenden Wirtschaftsinstitute, die immer wieder monieren, daß die soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik, die unverzichtbar für das Funktionieren des neoliberalen Modells wiewohl für den Kapitalismus überhaupt ist, noch immer nicht groß genug sei.

Der Staat zieht sich immer mehr aus der sozialen Fürsorge zurück, und alle Einrichtungen, die einstmals als ›von kollektivem Interesse‹ und für das Gemeinwohl ›unverzichtbar‹ definiert wurden, wie die Sozial- und Gesundheitsfürsorge, das Bildungs- und Rentensystem, aber auch die Grundversorgung mit trinkbarem Wasser oder bezahlbaren öffentlichen Verkehrsmitteln etc. sind bereits – ganz WTO-konform – auf dem Wege der Privatisierung: ein Beleg dafür, wie sehr sich bereits das neoliberale Gedanken ›gut‹ in Regierungsgehirne hineingefräst hat. Die sozial Schwachen werden im Stich gelassen, damit die so ›entlasteten‹ UnternehmerInnen mehr investieren können, was angeblich zu mehr Wachstum, zu mehr Arbeitsplätzen und insgesamt zu mehr Wohlstand führen soll.

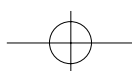
Doch diese Milchmädchenrechnung ging noch nie auf, anders lassen sich die weit über 4 Millionen Arbeitslosen (laut der geschönten Statistik der *Bundesagentur für Arbeit*) sowie die seit den 1970er Jahren stetig steigende Mas-

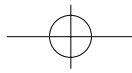
senarbeitslosigkeit nicht erklären. Die Massenarbeitslosigkeit ist gewollt!

Daß die regierende Koalition einschließlich der sie unterstützenden Unionsfraktion beabsichtigt, die kapitalistischen Verhältnisse in diesem Land zu verschärfen, daß die ›Reformen‹ à la Hartz, Rürup, und wie sie sonst noch alle heißen mögen, einzig und allein dem Zweck dienen, die Menschen in diesem Land, die auf abhängige Beschäftigung und auf soziale Unterstützung angewiesen sind, arbeitswilliger und anspruchloser, d.h. marktförmiger zu machen, könnte inzwischen selbst der letzte Depp begriffen haben. Die Quittung erhielt z.B. die SPD während der landesweiten Proteste am 1. Mai, aber auch die noch nicht verrauchte Denkzettelwahl in Bayern, bei der alle etablierten Parteien gegenüber der Bundestagswahl vom September letzten Jahres Hunderttausende von Wählerstimmen verloren haben – in den Printmedien auch entsprechend kommentiert – ist ein Beleg dafür.

Dabei ist es noch gar nicht so lange her, daß ein kritisches Bewußtsein darüber vorhanden war, daß z.B. teure und nicht nur deshalb umstrittene Rüstungsprojekte lediglich den Rüstungs- und High-Tech-Industriellen und ihren Managern zugute kommen. Beredtes Beispiel ist der *Jäger90*, der nun unter Schröder/Fischer *Eurofighter* genannt wird, und der laut Bundesrechnungshof mit seiner Bordkanone nicht einmal feuern und auch keine Bombenlast tragen kann – zu unausgereift sei seine Technik. Oder die neuen Transportmaschinen für die Bundeswehr, die in Wahrheit gar nicht gebraucht werden, da es die alten, von der DDR geerbten Sowjetmaschinen noch lange Zeit tun würden. Derer Beispiele gäbe es viele, denn die kapitalistische Klasse ist unersättlich!

Und Investitionen in die Wehrtechnik wurden und werden von den neoliberalen PolitikerInnen noch nie infragegestellt. Investitionen in die Gesundheit der Menschen und in ihre soziale Absicherung hingegen werden derzeit mit den unglaublichsten Argumenten zusammengestrichen, wenn nicht ganz verhindert.





Klasse wird langsam gefährlich

Dies alles entspringt einem alternativlosen Denken, das v.a. von der Regierung und ihrer Vermittler, der Massenmedien, meisterhaft beherrscht wird, und das kennzeichnend für den neoliberalen Durchmarsch auch hierzulande und verantwortlich für verschärften Sozialneid und für die voranschreitende Verelendung am unteren Ende der EinkommensbezieherInnen ist.

Aber man braucht nicht in die ›große Politik‹ zu gehen, um das Voranschreiten der neoliberalen Sachzwang-Ideologie zu verfolgen. Nein, auch in unserer studentischen Öffentlichkeit macht sich das alternativlose Denken breit.

So, wie es während des landesweiten Hochschul-Streiks von 1997 von Seiten der Studierenden z.B. fast überall die symbolisch gemeinte Forderung ›Bücher statt Eurofighter!‹ gab, was neben der überaus großen Streikbereitschaft die weite Verbreitung eines gewissen kritischen Bewußtseins zum Ende der Kohl-Ära belegt, so gibt es heute ein sehr dominantes Gebahren unter den studentischen NachwuchspolitikerInnen, alles mit Finanzargumenten, mit Geld, regeln zu wollen. Inhalte gibt es in der studentischen Politik kaum noch, und wenn, dann jene, die auch die ›große Politik‹ dominieren. Kreativität und Utopien: Fehlangeige!

Das alternativlose Denken macht auch vor sog. ›Alternativen‹ nicht halt: gemeint sind junge NachwuchspolitikerInnen, die sich bei den grünen Hochschulgruppen engagieren, die in grauer Vorzeit mal als ›alternativ‹ galten, diesen Nimbus aber längst verloren haben, auch wenn sie ihn durch Namensgebung, wie z.B. hier an der Uni Münster (Grün-Alternative Liste), immer noch krampfhaft aufrechtzuerhalten versuchen.

(Schon oft habe ich versucht, an dieser Stelle sachlich zu bleiben trotz ihrer kaltschnäuzigen Art, mit der sie auf blaugelb bis schwarzbraunen Abwegen ihr Unwesen durch die studentische Öffentlichkeit treiben. Aber ich fürchte, auch an dieser Stelle wird meine polemische Ader wieder mit mir durchgehen ...) Mit ihrem Artikel *Brauchen Auslän-*

derInnen ein Mini-Parlament? (AStA-News vom September 2003) breitet die AStA-Referentin Caterina Metje (Uni-GAL) ihren ganzen Denkhorizont über uns aus. Der Artikel dokumentiert, wie weit der ressentimentbehaftete Umgang mit dem Thema ›AusländerInnen in der BRD‹ – vermutlich aufgrund des fehlenden alltäglichen Kontaktes der Bürger-tochter zu ›Ausländern‹ – bereits vorangeschritten ist.

Die Autorin dieses Machwerks, sich selbst ganz und gar als ›Deutsche‹ positionierend, entblödet sich nicht, zu meinen, sie müsse sich voll und ganz hinter die skandalösen Vorgänge stellen, die ihre Fraktion zusammen mit anderen sogenannten linken Hochschulgruppen im Studierendenparlament in Gang gesetzt hat.

Dort ist von einem »Streit« mit der Ausländischen Studierendenvertretung (ASV) die Rede: »Probleme« mit derselben, so Metje, »zwingen das Studierendenparlament jetzt zu einer drastischen Maßnahme.« (Donnerwetter! Im Studierendenparlament, da wird noch gehandelt!): Die Bezüge der ASV-Vorsitzenden wurden von 1,5 auf 0,5 Aufwandsentschädigungen gekürzt. (Welch' kreativer Ansatz, den Geldhahn einfach zuzudrehen. Da haben RCDS und »Liberales« bestimmt gerne mitgestimmt!) Eingbracht worden war der Antrag von den Listen Juso-HSG, uFaFo und Uni-GAL. Ein umstrittenes Instrument, das den genannten Listen prompt den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit einbrachte. (Zurecht! Zurecht!)

Die sogenannte Öffentlichkeitsreferentin versucht allerdings diesem Vorwurf zu entgehen, indem sie in ihrem Artikel aufzeigt, daß es schließlich in mehreren Universitätsstädten ›Probleme‹ mit den ausländischen Studierenden gäbe, daß also alles sozusagen ›ganz normal‹ sei. Statt ausländische Studierende über ihre Meinung zur ASV und zur Hochschulpolitik zu fragen, forschte sie bei anderen Studierendenvertretungen nach, und siehe da, es fanden sich ein paar ›schwarze Schafe‹.

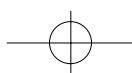
Man merkt ihrem Artikel an, daß sie ausländischen KommilitonInnen einfach

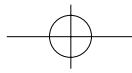
nicht zutraut, sich selbst zu organisieren. Und sie meint wohl, daß die Deutschen im Studierendenparlament das für die ›AusländerInnen‹ regeln müssen. Nicht nur die Überschrift, der ganze Text strotzt nur so vor Paternalismus.) Andererseits ist der AStA überzeugt, alle weniger einschneidenden Maßnahmen bereits erfolglos angewandt zu haben. (Was denn? Daumenschrauben? Nahrungsentzug? Dauerkucken von Pressekonferenzen unserer beliebten Berliner PolitikerInnen?) Die Probleme sind seit Jahren bekannt und ändern sich kaum (umso wichtiger, daß jetzt endlich mal hart durchgegriffen wird!): Präsenzzeiten werden nicht eingehalten (Was?), auf Einladungen ins SP wird nicht reagiert (Das gibt's doch nicht!), es gibt keine gültige Satzung (Schweinerie!), stattdessen aber viele Feindseligkeiten innerhalb der ASV (Und wie sieht es im AStA so aus?).

Da haben wir die Bescherung! Was die Denunziation und die vorübergehende Verarmung der ASV-Vorsitzenden bewirken soll, ist mir schleierhaft. Aber wie geht es nun weiter? Richtig: ParlamentARIERInnen bilden erstmal einen Ausschuß. Er heißt *Strukturen der ASV*, und jetzt wird erstmal in die Hände gespuckt und über die Köpfe ausländischer Studierender so richtig hinwegentschieden. Schließlich versicherte man sich ja eingehend, daß es in anderen Universitätsstädten auch ›Probleme‹ gibt. Aber die Autorin kommt in ihrem an Chauvinismus kaum zu überbietendem Machwerk immerhin zu dem Schluß:

»Bei allen Bemühungen darf jedoch nicht vergessen werden, dass es sich bei unseren (sic!) ausländischen Mitstudierenden um erwachsene Menschen handelt, die von uns nicht bevormundet werden wollen. Der innere Antrieb zur Vertretung ihrer Interessen muss von ihnen kommen.« Klingt doch irgendwie links, oder?

Edo Schmidt





Viva los Presidentes!

Einige Monate sind ins Land geflossen seitdem auf Bestreben vieler Mitglieder unseres Studierendenparlamentes über das merkwürdige Verhalten eines (ich denke geschlechtsreifen) SP-Präsidenten berichtet wurde, der zwar stolz, aber nie anwesend war. Nach dieser Zeit der Muße ist eine Bilanz angebracht. Hat die harte Kritik an Michael Schramm etwas bewirkt oder verhält auch ein Artikel im Semesterspiegel auf die gleiche Art und Weise wie die Ermahnungen seiner eigenen Listenkollegen?!

Wir sind es eigentlich gewohnt; in diesem Land ändern sich die Dinge, wenn überhaupt, nur sehr langsam. Das ist an unserer guten, alten WWU nicht anders.

Aber sogar im aktuellen Reformchaos auf Bundesebene hat man das Gefühl: Da tut sich was. Was zum Schluss dabei herauskommt, sehen wir dann, wenn es soweit ist. Derart frustrierende Erkenntnisse bringen uns schnell auf die Idee, die Dinge selbst zu ändern. Und wo wäre ein Anfang schneller gemacht, als an dieser Universität, die für die meisten von uns nicht nur Lernort, sondern auch Lebensraum geworden ist. Ähnliches mag sich auch Michael Schramm gedacht haben, als er vor zwei Semestern den anspruchsvollen Posten des stellvertretenden Präsidenten des Studierendenparlamentes antrat. Kein leichtes Unterfangen, denn neben genauen Kenntnissen von Satzung, Geschäftsordnung und vielen ungeschriebenen parlamentarischen Regeln muss ebenso der Charakter und die Persönlichkeit einer solchen Aufgabe gewachsen sein. Seine kurze Odyssee auf der Suche nach einer Liste, die ihn vom Fleck weg aufstellt und in dieses Amt und seine Würden bringt, wurde bereits beschrieben. Selbstverständlich ohne zu vergessen wie er, zur Verwunderung aller Anwesenden, sich selbst zum Vorsitzenden des Herausbergremiums der vorliegenden Zeitung vorschlug. Was (im Nachhinein kann man es nur als beste mögliche Entscheidung betrachten) abgelehnt wurde.

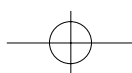
Hat sich also nach der harten Kritik etwas geändert? Hat er auf die Ermahnungen von Kollegen und Mit-SP'lern gehört? Hat der Au-

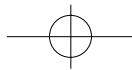
tor dieses Artikels Michael Schramm sogar Unrecht getan, als er den satirischen Ton wählte?

Die Antwort muß »Nein« lauten. Weder seine Aufgaben im Parlament, noch jene im Herausbergremium werden von Michael Schramm wahrgenommen, er fehlt unverändert bei allen Sitzungen. Sein Job wird von den anderen, fleißigeren Mitgliedern dieser Gremien erfüllt und das so, als ob M.S. niemals eingeplant gewesen wäre oder gar fehlen würde. Man darf diesen Menschen hier ruhig ein gewaltiges Kompliment machen. Sie tragen mehr Verantwortung und erledigen mehr Arbeit als vorgesehen. Was hingegen macht Michael Schramm? Seinen letzten Äußerungen zufolge ist er mit »wirtschaftlichen« Tätigkeiten beschäftigt, die nicht nur seine volle Aufmerksamkeit erfordern, sondern (im Gegensatz zum Ehrenamt) wenigstens bezahlt würden. Das kann ich einigermaßen nachvollziehen. Doch anstatt die Situation, wie man heute so schön sagt, aufzuklären und ein wahres Wort an die gewählten Vertreter zu richten, seinen Fehler einzugestehen und »einfach« zurückzutreten, klammert sich M.S. an diese Posten, als ob er sie im Lebenslauf besonders benötigten würde, um vielleicht einmal noch bessere »wirtschaftliche« Tätigkeiten durchführen zu dürfen. Reaktionen von M.S. blieben bis auf simple Beleidigungen aus. Weder der Autor noch sonst jemand hat bisher eine Stellungnahme zur beständigen Abwesenheit des M.S. vernommen.

Insgesamt eine traurige Geschichte. Sie hat viele SP-Mitglieder und das Präsidium jede Menge Zeit und Arbeit gekostet. Nicht zuletzt um einen Passus zu schaffen, der seine Abwahl ermöglicht. Als Studierender der die Hochschulpolitik-Szene gern und interessiert beobachtet kann ich nur zwei Dinge tun. Erstens: »Viva los Presidentes« rufen und damit die beiden anderen Studierenden loben, die ihre Arbeit im SP-Präsidium nicht nur ernst nehmen, sondern sie auch noch gut machen. Und zweitens, hier jetzt und an dieser Stelle, ebenso wie es viele andere bisher getan haben, Michael Schramm zum Rücktritt auffordern. Denn mittlerweile, lieber Michael, schadest Du nicht nur unserer Uni, sondern auch Dir selbst.

Christoph Becker





Ein offener Brief an die Liberale Studierenden Initiative (LSI)

Der Präsident, der keiner war [letzter Teil]

Liebe LSI,

Eure Verachtung und Arroganz allen anderen Listen gegenüber ist ja weithin bekannt, ebenso wie Euer unfaires Verhalten bei Wahlkämpfen, indem Ihr einfach fremde Plakate abreißt oder überplakatiert, um Euch auf Kosten anderer Listen Vorteile zu verschaffen. Diese Taktik hat ja bislang auch gut funktioniert, aber ist verleumderische Presse nicht sogar unter Eurem Niveau? Okay, wir sind es ja alle gewohnt, dass in der Politik viele Schlammschlachten ausgetragen werden, aber sollten die Publikationen nicht die Wahrheit in den Vordergrund stellen?

Dies war ja bei Eurem letzten Artikel im Semesterspiegel unter gleicher Headline leider nicht der Fall. Doch ich verstehe Eure Situation: Ihr habt erkannt, dass sich die LSI auf einem absteigenden Ast befindet und dass Ihr keine politischen Erfolge mehr feiern könnt. Wir haben auch bemerkt, dass Ihr nun auch Euren letzten (!) Platz im Fachbereichsrat WiWi verloren habt, aber die Schuld für Eure Misserfolge liegt einfach daran, dass Ihr kein Konzept habt. Und ohne Konzept bekommt man auch keine Wählerstimmen – so einfach ist das.

Ein weiterer, nicht zu verachtender Grund ist sicherlich auch die fantastische Arbeit des Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Sicherlich konntet Ihr früher Erfolge feiern, indem Ihr Eure inhaltlichen Defizite mit dem Verteilen von Bananen und Bier kompensiert habt, doch müsst auch Ihr zunehmend feststellen, dass sich die Wählerstimmen nicht mehr so leicht ›kaufen‹ lassen. Denn es spricht ja gar nichts dagegen, Eure Bananen zu essen und Euer Bier zu trinken, aber bei der geheimen Wahl trotzdem das Kreuzchen bei einer Liste zu machen, die auch ein Konzept hat – wie zum Beispiel dem RCDS. Auf diese Weise bekommt man doch alles auf einmal: Leckeres Essen und Trinken und gute Politik!

Die Idee mit den Bananen und dem Bier habt Ihr Euch – schlau wie Ihr seid – bei Caesar abgeschaut. Denn der hat schon gesagt, man möge dem dummen Volk Brot und Spiele geben. Doch die damalige Situation war etwas anders: Caesar war alleiniger Herrscher und – ähnlich wie in der DDR Honecker – unantastbar. Leider – oder sollte ich sagen ›zum Glück‹ – erfüllt die LSI diese Voraussetzungen nicht. Und es hat sich noch etwas geändert: Das ›dumme Volk‹ von damals wurde mit der Evolution durch schlaue Studenten ersetzt, die bereits bemerkt haben, dass Ihr jedes Jahr mit den selben Forderungen und Versprechungen in den Wahlkampf geht ohne diese jemals durchgesetzt bzw. gehalten zu haben. Die Studierenden sind nämlich nicht blöd und merken sofort, dass Euch Kompetenz, Persönlichkeit und der Umsetzungswille fehlen.

Aber ich verstehe natürlich, dass Ihr diesen Artikel als eine Chance gesehen habt, wieder ins Rampenlicht zu gelangen. In das Rampenlicht, das Ihr so vermisst und das Euch so viel bedeutet. Aber Ihr solltet nicht mit Steinen schmeißen, wenn Ihr im Glashaus sitzt, denn ›vollständiges Erscheinen auf Sit-

zungen‹ ist ja wohl ein Fremdwort für Euch. Ebenso wie ›pünktlich kommen‹ und ›bis zum Ende bleiben‹. Aber richtig peinlich müsste Euch doch sein, dass Ihr teilweise die Mitglieder Eurer Fraktion anrufen müsst, wenn wichtige Abstimmungen durchgeführt werden. Das hört sich dann in etwa so an: »Hallo Moritz, ich hatte ganz vergessen dir zu sagen, dass heute über etwas Wichtiges abgestimmt wird. Kannst du vielleicht gleich mal für 5 Minuten zur Sitzung kommen? Geht auch ganz schnell.«

Aber immerhin habt Ihr in den Sitzungen genug Zeit, um Euch über Euer Privatleben zu unterhalten. Denn wo kann man schon so schon plaudern wie in einer SP-Sitzung. Und weil Ihr die Sitzungen eben so gar nicht ernst nehmt und auch noch völlig unvorbereitet erscheint – wenn überhaupt – müsst Ihr bei Abstimmungen ja auch nicht zuhören was der Gegenstand der Meinungsbildung ist. Ihr braucht ja einfach nur zu gucken, ob irgendein LSI'ler zustimmt und dann hebt Ihr auch Eure Hand. Oder Ihr lasst es einfach bleiben, wenn Ihr so gar keine Peilung habt – das zählt dann so wie eine Enthaltung und ist ja auch nicht schlimm. Und vergesst nicht, dass Plauderei oberste Priorität hat, egal ob die SP-Mitglieder in den Bänken hinter Euch der Sitzung überhaupt noch akustisch folgen können.

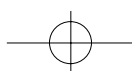
Aber so richtig drückt Ihr doch Eure (Ver-)Achtung vor dem SP dadurch aus, dass Ihr Eure Zahnmediziner in den Zähen von anderen Fraktionsmitgliedern herumpröckeln lasst. Nicht einfach auf irgendeiner Party, wenn Ihr vor lauter Bananen und Bier unter Realitätsverlust leidet, sondern mitten im SP. Aber diese Situation wurde ja bereits vor einiger Zeit in dem Magazin *Rotation* mit Foto dargestellt und braucht hier nicht weiter erläutert zu werden.

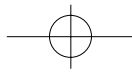
Doch der langen Rede kurzer Sinn: Wenn Ihr erkannt habt, dass Ihr politisch nichts mehr leisten könnt, dann arbeitet doch lieber daran, als Euch Unwahrheiten zu überlegen und damit andere durch den Schmutz zu ziehen. Und vergesst niemals: ›Fair Play‹ gilt nicht nur im Sport, sondern auch in der Politik!

Viele Grüße,

Michael Schramm

Stellvertretender SP-Präsident





Studierendenparlament-News

Auch während der vorlesungsfreien Zeit hat das Studierendenparlament (SP) getagt. Es gab seit der letzten Ausgabe des Semesterspiegels und der Stupa-News insgesamt drei Sitzungen, auf denen das Folgende besprochen und beschlossen wurde:

Satzungsänderungen

Auf Antrag von Baldo Sahlmüller hat das Studierendenparlament zwei Änderungen an der Satzung der Studierendenschaft beschlossen. Zum einen sollte in die Satzung ein Passus eingefügt werden, dass Vorlagen für öffentliche Sitzungen von Organen der Studierendenschaft, also zum Beispiel Anträge, mit denen sich das SP beschäftigt, ebenfalls öffentlich zu machen sind. Dieser Antrag wurde allerdings vom Rektorat, welches die Satzung rechtlich prüft, zurückgewiesen. Weiterhin wurde in die Satzung aufgenommen, dass es für den Semesterspiegel ein *Pressestatut* geben muss.

Bestätigung von AStA-Referentinnen und Referenten

In drei AStA-Referaten wurden die jeweiligen Referentinnen bzw. Referenten vom Studierendenparlament mit der erforderlichen Mehrheit bestätigt.

Patrick John, der von der Schwulen-Vollversammlung gewählt wurde, ist als Schwulenreferent bestätigt worden.

Neue Referentin im Referat für Sozialpolitik mit dem Arbeitsbereich *finanziell und kulturell benachteiligte Studierende* ist Stefanie Schröder, die von der Vollversammlung finanziell und kulturell benachteiligter Studierender (Studierender aus »bildungsfernen Schichten«) gewählt wurde. Diese Stelle gibt es erstmalig im AStA der Uni Münster.

Antonia Graf und Simona Kramer wurden für ein weiteres Jahr als autonome Frauenreferentinnen des AStA der Uni Münster bestätigt. Sie haben nach der Wiederwahl durch die Frauenvoll-

versammlung ihre zweite Amtszeit angetreten.

Ausländische Studierendenvertretung (ASV)

Nachdem der AStA auf der 11. Sitzung des SP berichtet hatte, dass die ASV seit der konstituierenden Sitzung nicht mehr beschlussfähig zusammengekommen war und dass sie somit der Aufforderung, sich eine Geschäftsordnung als Arbeitsgrundlage zu geben, nicht nachgekommen sei, hat sich das Studierendenparlament auf allen drei Sitzungen intensiv mit der Situation der ASV befasst.

Da die ASV Haushaltsmittel zur Verfügung habe und diese derzeit demokratisch kaum kontrolliert würden, beschloss das Studierendenparlament auf Antrag des AStA zunächst, den entsprechenden Haushaltstitel bis zum Beschluss einer Geschäftsordnung zu sperren.

Auf der nächsten Sitzung, zu der der ASV-Vorstand eingeladen, aber nicht erschienen war, wurde die Diskussion fortgesetzt. Ein Antrag von drei Listen, den AStA aufzufordern, die Aufwandsentschädigungen des ASV-Vorstandes bis zu einem gegenteiligen Beschluss des SP zu kürzen, war damit begründet worden, dass der Vorstand seinen Aufgaben nicht hinreichend nachkomme und dass es weiterhin keine Geschäftsordnung gebe. Dieser Antrag wurde angenommen. Gleichzeitig beschloss das Parlament, einen Ausschuss einzurichten, der sich mit den Strukturen der ASV beschäftigt.

Der Vorstand der Ausländischen Studierendenvertretung kam daraufhin zur folgenden Sitzung. Dort wurden die Vorwürfe hitzig diskutiert.

Wahlen 2003

Der Wahltermin für die Wahlen im Wintersemester wurde auf die Woche vom 24. November bis zum 28. November festgesetzt. In dieser Woche werden die studentischen Gremien neu gewählt. Im

einzelnen sind dies das Studierendenparlament, die derzeit 45 Fachschaftsvertretungen (FSV) und die Ausländische Studierendenvertretung. Die Wahl des Zentralen Wahlausschusses (ZWA) verlief zunächst etwas chaotisch, so dass sich auf dessen konsituierender Sitzung keine Wahlleiterin bzw. Wahlleiter finden konnte. Daraufhin bildete das SP den Ausschuss noch einmal um, so dass er Mitte September seine Arbeit aufgenommen hat.

Mitglieder des ZWA sind: Sylka Boehme (Wahlleiterin), Patrick Wildhofer (stellv. Wahlleiter), Guido Bröckling, Christoph Riederer, Sven Pastoors, Aydin Özkaya und Baldo Sahlmüller.

Wahlprüfungsausschuss

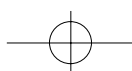
Nach der Wahl im Wintersemester 2002/2003 wurde auf Antrag verschiedener Studierender ein Wahlprüfungsausschuss eingerichtet. Dieser lieferte seinen Abschlussbericht ab, der in nicht öffentlicher Sitzung diskutiert wurde. Weiterhin machte der Ausschuss Vorschläge, die Wahlordnungen zu ändern, um den Unstimmigkeiten zukünftig entgegenwirken zu können.

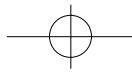
Finanzielles

Ein Antrag von attac, die Sommerakademie, die Anfang August in Münster stattfand, mit 1000 Euro zu unterstützen, wurde aufgrund der Haushaltslage mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Auf Antrag des AStA wurde beschlossen, im Jahr 2004 einmalig einen um 2 Cent pro Studierende höheren Beitrag an das Landes-ASten-Treffen (LAT) zu zahlen, da das LAT Klagen gegen das Stubiengebührengesetz plane und diese finanziert werden müssten.

Baldo Sahlmüller
SP-Präsident





Studiengebühren in Niedersachsen – Außer Spesen nichts gewesen

Dass Studiengebühren nicht nur für die Studierenden, sondern auch für die Universitäten fatale Folgen haben, hat sich jetzt in Niedersachsen gezeigt. Der AStA der Uni Münster verweist auf einen Bericht der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen (HNA), nach dem den niedersächsischen Hochschulen aufgrund des zusätzlichen Verwaltungsaufwandes Kosten in Höhe von 300.000 Euro entstanden sind. Einnahmen gibt es keine.

Wie Ute Stallmeister, die Sprecherin des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums, der HNA gegenüber weiter ausführte, entstanden die Kosten unter anderem dadurch, dass die Uni Göttingen zusätzliches Personal für die Ausarbeitung der Gebührenbescheide einstellen musste. Im Gegenzug sollten die Hochschulen ursprünglich einen Anteil in Höhe von fünf Millionen Euro aus den Einnahmen der Studiengebühren erhalten, mussten darauf jedoch zugunsten des Haushaltskonsolidierungsprogramms verzichten.

Darüber hinaus fallen die Einnahmen beklagenswert gering aus: Nur 30 Prozent der niedersächsischen Langzeitstudierenden bezahlen die Semestergebühr. Dies zeigt auch die erschreckende soziale Bilanz der Studiengebühren: 70 Prozent der Göttinger Langzeitstudierenden haben die Hochschule verlassen, ohne einen Abschluss zu erreichen.

»Daran sieht man, dass das Konzept *Studiengebühren* auf der ganzen Linie ein Reinfall für die Bildung ist«, so Caterina Metje, Öffentlichkeitsreferentin des AStA der Uni Münster. »Die Unis tragen die finanziellen Kosten, die Studierenden stehen ohne Abschluss und Zukunftsperspektive da.«

Eine Stellungnahme der Münsteraner Univerwaltung hinsichtlich der Übertragbarkeit der niedersächsischen Verhältnisse auf Nordrhein-Westfalen ist zur Stunde noch nicht verfügbar; nach Auskunft des AStA der Uni Bielefeld hat das dortige Rektorat jedoch verlauten lassen, dass die Situation hier noch dramatischer ausfallen könnte: Aufgrund des enormen Aufwands der Einzelfallprüfungen würden die Kosten die Einnahmen übersteigen, ferner sei das Ziel, ein schnelles Studium zu fördern, illusorisch, so ein AStA-Vertreter aus Bielefeld.

AStA-Mitteilung



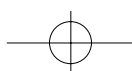
ÖPNV: AStA empört über Vertragsverletzung

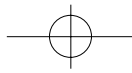
Der AStA der Uni Münster hat jetzt kritisiert, dass die Westfälische Verkehrsgesellschaft (WVG) aufgrund gestiegener Kosten die Buspreise erhöht hat. Dies heißt nämlich für die Studierenden: Wenn sie den so genannten Nachtbus nutzen, der samstags oft schon am späten Nachmittag verkehrt, um über die Stadtgrenzen hinaus zu fahren, müssen sie einen Aufpreis von einem Euro (bzw. 1,50 Euro für die Hin- und Rückfahrt) zusätzlich zum Semesterticket zahlen.

Die stellvertretende AStA-Vorsitzende Dörthe Kuhlmann bezeichnete das Vorgehen in einer ersten Stellungnahme als unverschämt und kritisierte, dass die Studierendenschaft als Vertragspartnerin des ÖPNV nicht einmal informiert, geschweige denn um Zustimmung gebeten wurde.

Nach den Verträgen zum Semesterticket sind Preiserhöhungen nicht zulässig. Unklar ist zur Stunde auch, wer – ob Stadtwerke oder WVG – diese Änderung der Studierendenschaft hätte mitteilen müssen; beide Stellen sahen die Verantwortung bei der jeweils anderen Partei. »Für uns ist dieser Vorgang nicht nur ärgerlich, sondern auch ausgesprochen peinlich«, sagte die Öffentlichkeitsreferentin des AStA, Caterina Metje: »Studierende kommen zu uns, weil sie sich über den Zuschlag ärgern, sie erkundigen sich bei uns nach den geänderten Konditionen, und wir wissen von nichts, weil man uns nicht informiert hat.« Der AStA kündigte an, rechtliche Schritte zu prüfen.

AStA-Mitteilung





Senat fordert:

Erhalt der Zuschüsse zu Studentenwerken

Der Senat der WWU unterstützt die Forderungen der Studierenden und des Studentenwerks nach Beibehaltung und Ausbau der Zuschüsse der Landesregierung für die Studentenwerke – das wurde auf der Senatssitzung vom 23.07.03 auf Antrag der Gruppe der StudierendenvertreterInnen einstimmig beschlossen.

Zur Begründung heißt es in der Resolution, Studentenwerke erwiesen sich als erhebliche Standortvorteile für die nordrhein-westfälischen Hochschulstädte. Durch die Leistungen der Studentenwerke würde ein soziales Hochschulumfeld geschaffen und den Studierenden ein erfolgreiches Studium maßgeblich erleichtert. Studentenwerke bildeten durch ihre sozialen Leistungen wichtige soziale Bedingungen, um die Studienzeiten effektiv zu verkürzen, was von zahlreichen Politikern und sonstigen hochschulpolitischen Akteuren immer wieder gefordert werde.

Zusätzlich kommt den Studentenwerken nach Worten des Senats im Zuge der Internationalisierung des Studiums eine wichtige Aufgabe zu: Die internationale Attraktivität eines Hochschulstandortes definiere sich nicht allein über die Studienbedingungen, sondern auch über das soziale Umfeld – wie günstigen Wohnraum – das Studentenwerke jedoch nur bei einer ausreichenden Finanzierung gewährleisten könnten.

Daher müsse sich das Land auch zukünftig zum sozialen Auftrag der Studentenwerke und seiner Verantwortung bekennen und die staatlichen Zuschüsse erhalten; dabei erwähnte der Senat insbesondere die Bedeutung der indirekten Studienförderung für die Integration ausländischer Studierender, die Beratung behinderter Studierender, für psychologische und Rechtsberatung sowie für Studierende mit Kindern.

AStA-Mitteilung

Universität Münster stellt auf Recyclingpapier um

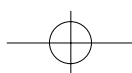
Ab sofort wird an der Uni Münster nur noch umweltfreundliches Recyclingpapier verwendet. Dies hat das Rektorat am 2. Oktober in einer Sitzung beschlossen. Hintergrund des Beschlusses war eine Initiative des AStA. »Unsere Forderung, die Uni Münster komplett auf Recyclingpapier umzustellen, wurde vom Rektorat eins zu eins in einen Rektoratsbeschluss umgesetzt. Dies ist ein riesiger Erfolg!« so Jan Rosenow, Referent für Ökologie des AStA.

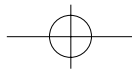
Es hatte in den letzten Jahren immer wieder Appelle an die einzelnen Institute gegeben, umweltfreundliches Recyclingpapier zu verwenden. Recherchen des Referates für Ökologie hatten jedoch ergeben, dass in den meisten Fällen nach wie vor Frischfaserpapier eingesetzt wird. Initiiert durch den Referenten für Ökologie des AStA, Jan Rosenow, haben verschiedene Professoren, das Umweltforum, die Initiative 2000plus, das Zentrum für

Umweltforschung und die Studierendeninitiative Wirtschaft und Umwelt in einem Brief das Rektorat zum Handeln aufgefordert. Auch der Rektor der Uni sieht in dem Beschluss einen Erfolg: »Die Umstellung auf Recyclingpapier macht die Uni ein Stück ökologischer.«

Die Uni Münster hat damit Vorbildcharakter für andere Hochschulen in Deutschland, nur wenige setzen konsequent auf umweltfreundliches Recyclingpapier. Dabei garantieren die Papierhersteller gleiche Qualitäten wie bei Frischfaserpapieren. Die volkswirtschaftlichen Kosten in Form von Emissionen und Ressourcenverbrauch sind bei Frischfaserpapier um ein vielfaches höher. Höhere Kosten fallen für die Uni Münster durch die Umstellung nicht an, der Preis von Recyclingpapier ist der gleich wie der von Frischfaserpapier

AStA-Mitteilung





Höhere Mathematik

Am 12.8.03 veröffentlichte das Ministerium für Wissenschaft und Forschung eine Pressemeldung der Ministerin Hannelore Kraft unter dem Titel *Über 75 Prozent der nordrhein-westfälischen Studierenden haben rechtmäßig BAföG empfangen – doch von den bisher überprüften Verdachtsfällen ist jeder zweite missbräuchlich.*

Mal ganz davon abgesehen, dass nur knapp ein Viertel aller Studierenden überhaupt BAföG beziehen und die Quote von 75 % rechtmäßigen Beziehern wohl nur auf dieses Viertel bezogen sein kann, ist diese Zahl schlicht falsch.

Legt man die Zahl von 55.000 BAföG-Beziehern zugrunde und rechnet damit, dass in jedem zweiten Verdachtsfall tatsächlich unkorrekte Angaben gemacht wurden, wie es die Überprüfung bisher gezeigt hat, so ergibt das bei 16.409 Verdachtsfällen 8.200 begründete Fälle. Nach Auskunft meines Taschenrechners sind 8.200 Fälle bei 55.000 Studierenden ziemlich genau 15 %. Das sollte im Umkehrschluss bedeuten, dass doch wohl 85 % der BAföG-Empfänger völlig rechtmäßig gehandelt haben und nicht etwa nur 75 %.

Es bleibt die Frage, warum vom Landesministerium eine solche Pressemitteilung verschickt wird, in der 25% aller BAföG-beziehenden Studierenden als potenzielle Betrüger dargestellt werden, wenn andererseits die Bundesbildungsministerin Bulmahn vor weniger als einem Monat noch das BAföG lobt und

die gestiegene Empfängerzahl als Erfolg herausstreicht. Es geht hier ja nicht darum, dass eine Zeitung zum Stopfen des Sommerlochs eine Schlagzeile produziert hat, in der mal eben 25 % aller Studis in eine »leichtkriminelle Ecke« gestellt werden, indem eine Statistik so ausgelegt wurde, dass es möglichst dramatisch klingt – NEIN! – die Ministerin Kraft persönlich lässt ihre eigenen Studis hier wesentlich ganz alt aussehen! Was sie sich dabei gedacht hat, wird wohl ihr Geheimnis bleiben.

Die Folgen dieser Pressemeldung waren dann auch absehbar. So titelten die beiden großen Münsteraner Tageszeitungen unisono mit Worten wie *massiver BAföG-Betrug* und *Skandal*. Natürlich wurde auch die Zahl von 25 % aufgenommen (MZ: *Jeder Vierte zu Unrecht gefördert*), welche, wie bereits erwähnt, falsch berechnet ist.

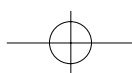
Gleichermaßen wurde auch der Einzelfall herausgehoben, in dem ein Student trotz Zinseinnahmen von 200.000 Euro im Jahr 2001 den BAföG-Höchstsatz bezogen hat. Nirgends wurde aber erwähnt, dass bisher nur 234 Fälle eine Strafanzeige nach sich gezogen haben. Das sind zwar immer noch zu viele, und ich möchte hier auch nicht behaupten, dass keinE StudierendeR vorsätzlich falsche Angaben gemacht hat. Ein derart hohes kriminelles Potenzial, wie es derzeit den BAföG-Empfängern angedichtet wird, gibt es aber auf keinen Fall.

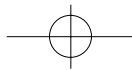
Wäre die Ministerin den Studie-

renden wohlgesonnen, hätte sie aus dem gleichen Zahlenmaterial auch die Schlagzeile stricken können: *Über 85 % der nordrhein-westfälischen Bezieher haben rechtmäßig BAföG empfangen – nur jeder zweihundertste Fall strafrechtlich relevant.* Auch das geht aus den Daten hervor und zeigt, dass nur etwa 0,1% aller Studierenden sich hier strafbar gemacht haben.

Da tröstet es auch nur wenig, dass die Ministerin verspricht, dass sie »in der Ahndung der Fälle sehr wohl zwischen einem vergessenen Sparbuch der Großeltern und komplizierten Finanzaktionen« unterscheiden wird. Zumal hier die Frage nach ihrem Einfluss auf die Staatsanwaltschaft erlaubt sein muss, und dort liegen die meisten BAföG-Akten von Verdachtsfällen mittlerweile. In Deutschland haben wir glücklicherweise eine Gewaltenteilung, und die Staatsanwaltschaft muss hier dem Legalitätsprinzip folgen. Wenn strafrechtlich relevante Verstöße vorliegen, muss sie dem nachgehen. Darauf hat die Ministerin rein formal keinen Einfluss. Es kann also maximal »nett gemeint« sein, wenn Frau Kraft hier ein Vorgehen mit Fingerspitzengefühl ankündigt, aktiv umsetzen kann sie ihren Fairnessgedanken aber nicht.

Ronny Maul
Öffentlichkeitsreferent





Halbzeit

Hallo Erst(i)-LeserInnen und Zurückgekommene: was ihr hier lest, ist die dritte Ausgabe des Kurzgeschichtenwettbewerbs im Semesterspiegel. Das bedeutet: die ersten zwei Geschichten Eurer KommilitonInnen habt ihr zwar verpasst, doch hier könnt ihr jetzt die dritte lesen, und ihr habt noch drei Ausgaben lang Zeit, selbst teilzunehmen.

Schickt uns, was ihr schreibt! Wie die fünf, die uns trotz Semesterferien neue Geschichten eingesandt haben. Zusammen mit den zur Auswahl stehenden Geschichten der Vormonate ergab das immerhin ein ansehliches Sümchen von 13 Geschichten, aus denen zu wählen war. Das fiel der Redaktions-Jury der subjektiven Sieben (die zur Zeit nur vier sind) dann auch gar nicht so leicht; doch es ist vollbracht, wie ihr nebenstehend lesen könnt.

Dennoch: Wir haben noch lange drei Ausgaben nicht genug! Deshalb hier eine Entscheidungshilfe, für die, die noch zögern:

Im Zivildienst das Bewusstsein erweitert und zum Schöngest worden?

Im Auslandsjahr creative-writing-courses besucht?

In den Semesterferien von der großen Liebe

verlassen worden?

Beim Frühstück die Milch verschüttet?

Hervorragende Voraussetzungen, um Kurzgeschichten zu schreiben – wenn ihr es nicht schon längst getan habt! Egal ob feucht- und fröhliche oder tod- und traurige Geschichten: wenn ihr sie abgibt beim Semesterspiegel, stehen die Chancen gar nicht so schlecht, dass ihr Euren Namen nächsten Monat an der Stelle lest, an der jetzt Marc Strucken steht. Der hat nämlich diesen Monat gewonnen, zwar noch nicht ganz den Literaturnobelpreis (O-Ton Strucken: »Es ist noch einiges zu erwarten!«), aber den etwaigen Weg dorthin: einen 15-Euro-Gutschein von unserem diesmonatigen Sponsor *buch.de*, und eine Veröffentlichung im Semesterspiegel.

Vor einem Jahr erst hat Marc, alter Hase in der Medienwelt und unter anderem langjähriger Mitarbeiter bei Radio Q 90,9 (liebe Erstis: das ist der Studi-Sender) mit eigener Musiksendung *eingeqed*, nach einem Hörspielprojekt die Idee, die produzierten »Hör-Gänge« durch Münster in literarische Gänge umzuwandeln: *Der Schnürsenkel* entstand; Marcs erste Kurzgeschichte. »Inspiriert hat mich letztlich die Wolbecker Straße!« sagt Marc, der zur Zeit an seiner Magisterarbeit über SMS-Chat schreibt und gern Pommes mit Majo isst. Ob das nun für oder gegen die Geschichte spricht: lest es selbst!

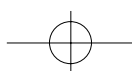
Für den Wettbewerb gilt weiterhin: von einer Person werden nicht mehr als drei und ausschließlich unveröffentlichte Kurzgeschichten angenommen, bisherige GewinnerInnen werden ganz vom Wettbewerb ausgeschlossen. Jede Geschichte bleibt bis zum Ende des Wettbewerbs in der Auswahl. Ausnahmsweise kann auch unter Pseudonym veröffentlicht werden. Die restlichen Bedingungen: kürzer als 5 DIN A 4-Seiten und digital eingereicht müssen sie sein, Eure Geschichten; den Weg zur Redaktion weist wie immer das Impressum und auch www.semesterspiegel.de, da gibt's natürlich auch alle alten Gewinnergeschichten. Der oder die Nächst-Beste kriegt wieder verdienten Zeichengeld und einen 15-Euro-Gutschein von *Ellens Buchladen* auf der Münzstraße.

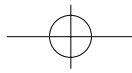
Maike Rocker



Noch nicht
Nobelpreis,
aber auf dem
besten Wege
nach oben:
Marc Strucken

Privat





Schnürsenkel



Marc Stucken 08:09 – der Bus würde um 16 nach kommen. Er band sich die Schnürsenkel seiner hellblauen Leinenschuhe zu. Ein Schluck Kaffee und raus. Die Haustüre fiel in ihr Schloss und er merkte die Tropfen auf seiner Stirn. Es nieselte und er stand in Sommerschuhen auf der Straße. Keine Chance, der Bus würde bald kommen und die Haltestelle war noch gut 600 Meter die Straße rauf. Er zirkelte so gut es eben ging um die Pfützen. Ein Mann mit rotem Fahrrad bog auf der anderen Seite in die Straße ein. Die Karstadt-Tüte gab seinem Vorderrad eine unerwartete Kursänderung vor und er rutschte über sie weg. Sein grauer Parka war nass, seine beige Hose war nass, aber der Mann schaute nur verschämt auf sein Rad, hob es auf und fuhr weiter.

Schon von Weitem sah er Sonja. Ihre roten Haare leuchteten sogar bei Nieselregen. Er kannte sie seit der Party bei Daniel. Sie lächelte nach den ersten Sätzen verwegen. Am Samstag zum Essen käme er gerne. Sonjas Einladung war eine gute Perspektive fürs Wochenende. Der Bus war voll, aber pünktlich.

Der Busbahnhof sah bei Regen noch hässlicher aus. Am Bussteig hatte sich eine kleine Gruppe Menschen um die Frau gebildet, die im mittlerweile strömenden Regen stand und schrie. Ein gestohlenes Portemonnaie brachte tatsächlich eine Menge Ärger mit sich. Aber die Polizei konnte in solchen Fällen meist auch nicht helfen. Zum Glück war der Eingang zur Firma nicht weit vom Busbahnhof und seine Leinenschuhe noch einigermaßen trocken. Durchgeweicht wollte er nicht vor seinen Chef treten, auch wenn der ihn am Telefon gestern sehr verheißungsvoll zum Kollegengespräch

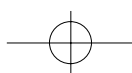
eingeladen hatte. Das Dekolleté der Sekretärin lenkte ihn zwar ab, doch als sie seinen Namen rief, schaute er schon fest auf die schwere Holztüre des Chefbüros.

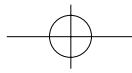
Dass er tatsächlich den Auftrag bekommen hatte, war erstaunlich und vor allem eine einmalige Chance. Das Geld, das er zwar brauchen konnte, war aber nur Nebensache, denn mit einem guten Ergebnis käme auch die Festanstellung. Dieser Immer-auf-Abruf-zur-Stellesein-Job war auf die Dauer auch nicht das Wahre. Danach wollte er sich das Essen beim Mexikaner gönnen. Es ging weniger um den Preis oder die Menge oder die im Übrigen exquisite Qualität, so eine kleine Belohnung musste dann und wann sein. Das Paar am Tisch in der Ecke hatte sich scheinbar eine Menge unschöner Dinge zu sagen. Die Frau wurde immer lauter, der Mann leiser. Und die Akustik des Raumes machte ihn zu einem unfreiwilligen Lauscher. Dass er mit Manuela schläft und sie dies von Frank wisse und ihre Beziehung mit diesem Tage ende, wäre ohne die spezielle Akustik auch zu hören gewesen.

Es hatte nicht zu regnen aufgehört und der Wind war recht stark geworden. Jetzt waren auch seine Leinenschuhe unangenehm feucht und der Bus kam erst in 14 Minuten. Doch voll war er dieses Mal nicht, nur feuchtwarm von einer eine schichtlang beförderten Masse von nassen Mänteln, Jacken und Schuhen. Es wurde auch merklich früher dunkel. Die Karstadt-Tüte, die am Morgen den Fahrradfahrer zu Fall gebracht hatte, leuchtete jedoch unnatürlich weiß im Licht der Straßenbeleuchtung. Sein Blick folgte ihrem hektischen Flug über den Asphalt. Und so sah er auch die von einer Sturmböe gelöste Dachziegel nicht, die ziemlich genau seinen blonden Scheitel traf.

Die Schwester sah auf die Uhr – 20:09 zeigten die schwarzen Zeiger. Schon wieder musste sie Überstunden machen, aber gebracht hatte es bei dem jungen Mann doch nichts. Er hatte sogar noch seine Schuhe an. Sie deckte das weiße Laken über ihn und öffnete die Schnürsenkel seiner hellblauen Leinenschuhe. Nur noch ins Kühlhaus mit ihm und raus. Der Bus würde um 16 nach kommen.

Marc Stucken





Für den Semesterspiegel konnte die Redaktion den Autor Osman Engin gewinnen. Er wurde 1960 in der Türkei geboren, lebt seit 1973 in Deutschland. Er schreibt monatlich eine Satire für die Bremer Stadtilustrierte Bremer und arbeitet u. a. für Titanic, taz und Radio Bremen. Der SSP veröffentlicht regelmäßig seine Satire.

Kopftuch-Streit

»Wie kann eine Lehrerin freiwillig um ein Kopftuch betteln? Wie fortschrittlich wird die denn wohl sein?«, meckert mein linksradikaler Sohn, der ewige Student Mehmet, nachdem er Mittags aufgestanden und seine 23 Zeitungen ausgelesen hat.

»Mehmet, hör doch auf«, schimpfe ich, »Kopftuch ist Würde, Kopftuch ist Selbstschutz, Kopftuch ist religiöse Freiheit. Nicht wahr Eminanim?«

»Nix da! Ich habe mein Kopftuch noch nie wegen Würde oder Freiheit getragen, sondern nur wegen dem ewigen Regen in Bremen. Abgesehen davon werde ich nie wieder ein Kopftuch tragen! Ich mache Kopftuchstreik bis wir endlich wieder eine normale Regierung in der Türkei haben«, ruft sie und schüttelt ihre Haare vor dem offenen Fenster, als wolle sie irgendwelche Märchenprinzen mit ihren kräftigen schwarzen Locken nach oben locken.

»Meinst du, dieser Lehrerin geht's nur ums Politik? Wenn sie wirklich Taliban-Fän wäre, würde sie schon längst wieder in Afghanistan sein. Nach dem Versagen der Amerikaner sind die Jungs dort wieder stark im Kommen«, verteidige ich die berühmt gewordene Frau, deren einziges Problem ihre falsche Berufswahl ist. »Als Köchin würde sie doch überhaupt nicht auffallen, und niemand würde sich aufregen«, sage ich weiter.

»Stimmt, Köfte oder gebratenen Hammel kann selbst sie nicht mehr mit ihren komischen Gedanken beeinflussen«, stimmt mir ausnahmsweise mal mein Sohn Mehmet zu.

»Natürlich geht's ihr um die Politik. Oder hat die Frau etwa Angst, dass ihre Schüler im Unterricht wegen ihrer schönen Haare notgeil werden und auf der Stelle über sie herfallen?«, ruft meine Frau Eminanim und schüttet noch mehr Schuppen über die armen ahnungslosen Passanten unten auf der Straße, die sich wie Kinder über den plötzlichen Schnee freuen.

»Genau, vielleicht hat sie Angst! Und sie will sich wirklich nur vor den perversen Trieben Ihrer männlichen Schülern schützen?«, sage ich.

»Vor achtjährigen Männern?«, fragt meine Frau hämisch.

»Warum nicht?«, bestehe ich auf meiner Meinung, »als mir meine Lehrerin damals als Kind in der Türkei die Ohren langgezogen hatte, da habe ich ihr auch die Haare langgezogen. Die hat mehr gemerkt als ich.«

»Ach, sie ist doch nur zu faul, sich jeden Tag die Haare zu waschen, föhnen, kämmen und mit Haarspray zu stylen, so wie sich das gehört«, gibt meine zweitjüngste Tochter Zeynep aus dem Badezimmer ihre Seife dazu.

»Also, ich hatte geglaubt, dass wir in Europa das Mittelalter schon längst hinter uns haben, und jetzt so was«, meckert Mehmet weiter.

»Erst wollen sie das Kopftuch haben, dann den Ganzkörperschleier«, ruft meine feministische Tochter Nermin. »Man kann sich an zwei Fingern ausrechnen, dass die Frau das demnächst von ihren Schülerinnen verlangt.«

»Meine lieben Töchter, warum seid ihr denn so undankbar? Von eurer Mutter bin ich ja nichts Besseres ge-

wöhnt, aber wieso fällt ihr mir jetzt auch noch in den Rücken, wenn ich mich mit eurem nichtsnutzigen Bruder Mehmet streite? Ihr wart es doch, die selbst im Urlaub immer erzählt habt: »Nicht ohne mein Kopftuch! Ohne Kopftuch gehe ich nicht raus!« Und jetzt so ein unglaublicher Verrat!«

»Mensch, Papa, glaubst du wirklich, dass wir so scharf auf diesen Lappen waren? Das haben wir nur dir zuliebe gemacht! Damit die doofen Verwandten und die dämlichen Nachbarn nicht schon wieder das Maul aufreißen: »Ooo, diese Schlampen aus Deutschland laufen immer nackt rum, iiiigiitt, diese Engin-Weiber sind alle schlechte Frauen«. Die Afghanin tönt ja auch überall rum, dass die Frauen ohne Kopftuch unrein sind. Als sei dies bißchen Stoff wie Meister Propper; die wirksamste Reinigungsmittel!«

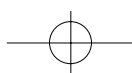
»Dreck bleibt Dreck, auch wenn du ein Dutzend Tücher drauf legst«, wird sie von ihrer Schwester aus dem Badezimmer unterstützt.

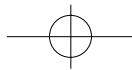
»Früher hat man mir nach geschrien: Kommunisten nach Moskau! Jetzt rufe ich denen zu: Islamisten ab in den Iran!« flucht Mehmet, der dieses haarige Thema in unsere Wohnzimmer rein getra-



Bei Wind und Wetter: Alles in trockenen Tüchern

R.Lang





Kopftuch, Kadi, Krisenszenarien

Wie ein Stück Stoff einen gesellschaftlichen Eiertanz auslöst ...

gen hat. Und wir haben nicht mal ein klitzekleines Bundesverfassungsgericht zu Hause, das wir jetzt anrufen könnten. Ja gut, der große in Karlsruhe hat sich auch nicht getraut zu entscheiden, was sollte denn so ein Kleiner in Kanickelweg 7b schon bestimmen?

»Das ist bestimmt so eine Masche, um in Frührente geschickt zu werden«, argumentiert Nermin.

»Kinder, jetzt macht doch mal aus einer Mücke keinen Elefanten«, rufe ich in die Runde, »vielleicht hat die arme Frau so wenig Haare auf den Kopf wie ich. Und sie will deshalb lieber Kopftuch tragen als Perücke. Das kann ich gut verstehen.«

»Das ist die Idee! Sie kann doch Perücke tragen anstatt Kopftuch. Dann sieht auch keiner ihre ungepflegten Haare und wir haben unsere Ruhe«, ruft meine Tochter Zeynep wieder aus dem Badezimmer. »Außerdem kann sie dadurch ständig den Farbton wechseln, ohne ihre Haare zu ruinieren, so wie ich. Ist doch klasse!«

In dem Moment mischt sich auch noch meine jüngste Tochter Hatice in das Gespräch ein. Ich hätte nie gedacht, dass die Kleine mit ihren sieben Jahren auch eine Meinung dazu hat:

»Ich bin dafür, dass allen Lehrerinnen und Schülerinnen auf der Stelle verboten wird, mit Kopftuch die Schule zu betreten«, tönt sie wie ein gestandener Berufspolitikerin.

Bei Allah, sie ist ja in dem Alter schon viel radikaler als wir alle zusammen. Wo wird denn das bloß enden?! Aber für den Spruch wird sie von allen ihren Geschwistern wie ein Superstar abgeklatscht und abgeknutscht.

»Wenn sie es nämlich allen Kopftuchträgern verbieten, in die Schule zu gehen«, ruft dieser Dreikäsehoch weiter, »dann will ich sofort auch ein Kopftuch haben!«

Osman Engin

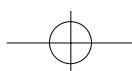
Das Bundesverfassungsgericht, immer dann zuständig, wenn es mal wieder politisch und gesellschaftlich in Deutschland brennt, sprach am 24. September 2003 das langerwartete Urteil zur Frage »Darf eine muslimische Lehrerin mit Kopftuch in einer staatlichen Schule in Deutschland unterrichten?«. Befürworter und Gegner des wohl meist diskutierten Kleidungsstücks seit der Erfindung des Minirocks hofften auf eine klare Positionierung à la »Ja oder Nein«. Dass die höchste richterliche Instanz eine derartige Vereinfachung dieser scheinbar simplen Frage nicht zulassen wollte, spricht für die besondere Stellung, die das Bundesverfassungsgericht immer wieder in der Vergangenheit gespielt hat. Die Begründung ist deutlich: da es bisher keine Gesetzgebung zum Verbot des Kopftuchs, geschweige denn von bestimmten Kleidungsstücken mit einem potenziell weltanschaulichen Symbolgehalt bei angehenden Staatsdienerinnen gibt, kann man den betroffenen Personen nicht einfach ein Verbot aussprechen. Grund zur Freude gibt es aber weder für die Klägerin, Fereshta Ludin, noch für ihre Gegnerinnen wie Ur-Feministin Alice Schwarzer und der türkischstämmigen Bundestagsabgeordneten Lale Akgün. Die eigentliche Entscheidung über das heiße Tuch des Anstoßes soll auf Länderebene stattfinden.

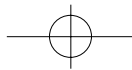
Verfassungsgericht verlangt von Ländern extra Gesetze und gesellschaftliche Diskussion

Dafür müssen die Bundesländer, denen die Bildungspolitik obliegt, in ihren Länderparlamenten eine spezielle Gesetzgebung diskutieren und verabschieden, die das Tragen von derartigen Kleidungsstücken erlaubt oder untersagt. Gegner des Kopftuchs zeigen sich verhalten bis enttäuscht, hat man doch darauf spekuliert, sich der unbequemen öffentlichen Diskussion zu entziehen, wie eine multikulturelle Gesellschaft mit den Äußerungen von neu dazugekommenen Kulturen im Zuge der Migration umgehen soll. Genau diese Diskussion findet demnächst in allen 16 Länderparlamenten statt, begleitet von unzähligen Zeitungsartikeln, Leserbriefen und Podiumsdiskussionen. Dass dort, genauso wie am Stammtisch in der Kneipe um die Ecke, die Emotionen überkochen werden, ist abzusehen.

Gegner bestehen auf Trennung von Staat und Religion

Kopftuch-Gegner berufen sich auf die strikte Trennung von Staat und Religion, die besonders im Rahmen der Schule einzuhalten sei, um die Neutralität von Staatsdienern zu wahren. So ganz frei von Religion ist die deutsche Schule mit einem konfessionellen Religionsunterricht aber auch nicht. Viele Gegner können es sich kaum vorstellen, dass eine Lehrerin mit Kopftuch Schüler zur Toleranz und Freiheit erziehen kann, da das Tuch selbst von ihnen als Symbol des islamischen Fundamentalismus, der Intoleranz und der Frauenunterdrückung betrachtet wird. Einige Stimmen sprechen der Kopftuchträgerin die Fähigkeit zur Integration in die hiesige Gesellschaft ab, da mit diesem die Anerkennung von anderen gesellschaftlichen Normen als der unseren vermutet wird. Dass die betreffende Frau hier in Deutschland geboren sein kann, hier zur Schule gegangen ist und hier arbeiten möchte, wird dabei oft ausgelassen.





Für einen Teil der Kopftuch-Gegner könnte die Diskussion um die Auslegung unseres Grundgesetzes in puncto Trennung von Staat und Religion auch eine Möglichkeit sein, die eigene Intoleranz gegenüber dem Anderen zu kaschieren, indem z.B. zuvor auch gegen Moscheebauten oder dem Schächten von Tieren die totale Ablehnung ausgesprochen wurde. Oft wird auch betont, dass in anderen muslimischen Ländern andere Glaubensformen auch nicht akzeptiert würden und man deshalb hier nicht auf die Akzeptanz der Klagenden plädieren sollte.

Befürworter sehen individuelles Recht und kulturelle Vielfalt

Befürworter meinen, dass die Sicht der Gegner zu pauschal und mit Vorurteilen behaftet ist und dabei den Menschen als Individuum, das seine eigenen Entscheidungen trifft und seine grundgesetzlich geschützte Religionsfreiheit hat, übersieht. Sie verstehen unter staatlicher Neutralität die gleiche Berücksichtigung aller Weltanschauungen, auch in der Schule, vor dem Hintergrund der Integration, fremdenfeindlicher Tendenzen und der Globalisierung. Allerdings wird den Befürwortern entgegen gehalten, dass sie meist zu blauäugig seien und neben friedlich-religiösen Muslimen auch die weniger angenehmen fundamentalistisch-radikalen Muslime in Schutz nähmen, über die übrigens in den Medien weit mehr berichtet wird als über erst genannte.

Ein Kleidungsstück mit vielen Facetten

Doch in welchen Zusammenhängen taucht dieses Kopftuch heute auf?

In Staaten wie dem Iran oder Saudi Arabien ist es für die Frau per Doktrin zur Pflicht gemacht worden, deren Nichtbeachtung drakonisch bestraft wird. In Afghanistan hat man Frauen lange Zeit nicht nur in eine Ganzkörperhülle gesteckt, sondern auch aus dem öffentlichen Leben verbannt. In der Türkei sieht die strikte Säkularisierung vor, dass Kopftücher und andere religiös begründbare Kleidungsstücke an öffentlichen Institutionen wie Schulen und Behörden nicht erlaubt sind. Sie gelten dort als politisches Statement, ebenso bei unseren Nachbarn in Frankreich.

Die islamische Religion kennt hingegen keinen Zwang zu einer religiösen Handlung. Ein Zwang zum Kopftuch durch Eltern an ihren Töchtern, wie man ihn auch in Deutschland oder Frankreich gelegentlich mitbekommt, ist deshalb nicht haltbar. Auch sind die Stellen im Koran, die eine Bedeckung bestimmter Körperregionen der Frau vorsehen, sehr unterschiedlich interpretiert worden. Ein Kopftuch ist dort nicht ausdrücklich als solches beschrieben. Also lässt es sich eher aus der Tradition erklären, in der Frauen im orientalischen Raum ein Kopftuch als alltägliches Kleidungsstück tragen, so wie es in Deutschland vor vierzig Jahren auch nicht unüblich war. Es gibt aber auch genau so viele Musliminnen, die kein Tuch tragen und deswegen nicht

mehr oder weniger gläubig sind. Deshalb kann man den Islam nicht auf ein Stück Stoff reduzieren und so tun, als ob es nur Musliminnen mit Tuch gibt. Fakt ist, dass ein Kopftuch aus den verschiedensten Anlässen getragen wird und zwar freiwillig oder unfreiwillig. Neben der religiösen Komponente kommt die politische und die gesellschaftlich-traditionelle hinzu, manchmal entspricht der Anlass einer dieser Komponenten, manchmal vermischen sich alle zusammen. Dies in der aktuellen Debatte bei jeder Betroffenen herauszufinden, ist wahrlich eine schwierige Aufgabe.

Religionsfreiheit nur beim Putzen?

Dass sich die öffentliche Diskussion in Deutschland nicht nur auf den Bereich *Schule* konzentriert, wie man derzeit annimmt, zeigt der Fall um eine türkischstämmige Verkäuferin, der wegen ihres Kopftuches der Job in einem Kaufhaus gekündigt wurde. Begründung: eine bedeckte Verkäuferin würde die Kunden verschrecken. In diesem Fall entschieden zuständige Gerichte, dass ein Kopftuch kein Kündigungsgrund sein kann. Bis heute ist kein Fall bekannt, in dem eine muslimische Putzfrau wegen ihres Kopftuches nicht mehr an Schrubber und Eimer darf. Wohl in der Annahme, dass es um Deutschlands Gebäude ziemlich schnell dreckig stehen würde. Genau hier scheint sich das eigentliche Problem aufzutun. Auf der Straße beachtet man Kopftuchfrauen nicht weiter, man geht sich aus dem Weg. Die putzende Kopftuchfrau wird ebenso kaum beachtet, da sie keine gesellschaftlich geachtete Tätigkeit verrichtet und man auch nicht in Kontakt mit ihr kommt. An der Kasse im Kaufhaus könnte das schon anders aussehen, da man ja eventuell sich dem Kontakt mit dieser Person aussetzen müsste, falls keine andere Kasse geöffnet sein sollte. Eine Lehrerin mit Kopftuch, die einen Erziehungsauftrag inne hat, ist so gesehen für viele eine Provokation.

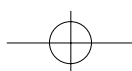
Alles Integration, oder was?

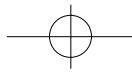
In der aktuellen Debatte darf aber nicht so getan werden, dass das Kopftuch nur in der Schule nicht akzeptiert werden kann, sonst aber nirgendwo ein Problem sei. Das stimmt nämlich nicht.

Vielmehr steht hinter der aktuellen Diskussion die generelle Schwierigkeit der Mehrheitsgesellschaft offen und sachlich mit den Folgen von Migration und Integration umzugehen. Selbst wenn Migranten und deren Nachkommen schon deutsche Staatsbürger sind, die deutsche Sprache fließend beherrschen oder sogar studieren, sind sie für einen großen Teil der Mehrheitsgesellschaft immer noch »Türken«, »Russen« oder »Araber«. Ob in diesem Zusammenhang das Kopftuch als alleiniges Integrationshindernis gesehen werden kann, ist mehr als fraglich.

Sachlichkeit erwünscht!

Geht es in den anstehenden Entscheidungen um eine Regelung





Studentinnenjob Messehostesse

Wie die Internationale Automobilausstellung 2003 wirklich war.

des Kopftuchproblems, ist eine sachliche Linie dringend angeraten. Das bereits bestehende Islambild in der Öffentlichkeit macht dieses Vorgehen leider nicht einfach. Hier müssen vor allem Fakten geschaffen werden und mögliche Antipathien, die besonders auf Unkenntnis beider Seiten über einander bestehen, entkräftet werden.

Das kann bedeuten, dass man das Kopftuch als religiöses Symbol wertet und es ebenso aus der Schule heraushält wie lange Bärte (religiöses Merkmal muslimischer Männer), Turbane, Nonnenschleier, Kippa (jüdische Kopfbedeckung), religiöser Schmuck und Jesus-T-Shirts bei Lehrkräften und das Kreuzifix im Klassenzimmer. Mal davon abgesehen, wo der indische Sari und die langen Haarlocken orthodox-jüdischer Männer einzuordnen sind.

Das kann auch bedeuten, dass man das Kopftuch als Ausdruck der Persönlichkeit des Einzelnen sieht und es als solches im Schuldienst gestattet, nicht ohne zuvor die Person auf ihre Einstellung zur Verfassung zu prüfen, wie das übrigens bei jedem üblich ist, der in den Staatsdienst geht.

In beiden möglichen Fällen wird sich aber folgendes klären müssen:

1. Wie der Staat den Umgang mit Religion allgemein künftig neu definieren will.
2. Wie die Gesellschaft künftig den Umgang mit kulturellen Eigenheiten ihrer neuen Mitglieder pflegen will.
3. In welcher Form Mitglieder von Minderheiten bei ihrem Kontakt mit der Mehrheit Zugeständnisse machen müssen, um sich nicht selbst innerhalb der Gesellschaft zu isolieren.

Kopftuch in deutschen Schulen gibt es schon ...

Das Land NRW zum Beispiel hat Lehrerinnen mit Kopftuch die Lehrerlaubnis erteilt, nachdem man ihre Tauglichkeit auf dieses Amt einzeln geprüft hat, was man auch weiterhin machen will. Hier versucht man, die Lehrerin als ganze Persönlichkeit zu sehen, in der auch die Einstellung zum deutschen Rechtsstaat geprüft wird.

... und Polizeikopftücher gibt es in Großbritannien.

In Schweden und in Großbritannien läuft derzeit eine ganz andere Diskussion, hier stellt sich die Frage, welche Kopftuchmuster am besten zur Polizeiuniform passen und aus welchem Material das Tuch bestehen soll, damit die Trägerin darunter nicht ins Schwitzen kommt!

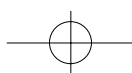
In diesem Sinne,

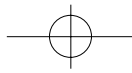
Aleyküüm Selam, Shalom und Hallelujah!

Ali Bas

Lange, mandelfarbenen Beine, die aus Autotüren herausragen, magentarote Frauenmünder und in Push-up-BHs zusammengequetschte Brüste verbindet die Bildzeitung mit einer Messe, auf der es doch eigentlich nur um fahrbare Untersätze gehen soll (Bildzeitung *So schön ist unsere IAA* 13.09.03). Auch ein Journalist der FAZ hat derlei Assoziationen beim Anblick der ausgestellten Autos: Von *Schneewittchen* war am 12.09.03 in einer Titelüberschrift die Rede. Selbst dem Lokalblättchen meiner Heimatstadt entging nicht, dass es auf der 60. Internationalen Automesse in Frankfurt am Main ansehnliche Frauen gibt, die schnelle Autos präsentieren. Angeblich plante tatsächlich jeder fünfte Besucher einen Autokauf. Und natürlich liefern die Medien die entsprechenden Materialien. Jede Menge Vergleiche, Tests und technische Daten prasseln bei der Zeitungslektüre auf den Leser nieder. Anscheinend ist das alles so trocken, dass fast jeder Bericht dann doch eben mal schnell noch die »schöne« Seite der IAA beleuchten muss. Die Hostessen sind ja angestellt, um die potentiellen Kunden an die Autos zu locken. Mit dem Lenkrad in der Hand und der Hostesse am Beifahrersitz fühlen sich viele Männer ganz König. Das haben die Automobilhersteller schon lange erkannt. Die Symbiose schöne Frau und schnelles Auto ist der unhinterfragte männliche Traum. Damit spielen die Hersteller und das klappt auch ganz gut. Die Hostessen sind stets in Gespräche verwickelt. Sie demonstrieren auch dem 1000. Gast noch geduldig »ihren« Wagen, mit perfektem Lippenstiftlächeln. Sie sollen sich mit dem Auto, das sie präsentieren, identifizieren können. Die Identifikation mit dem eigenen Selbst scheint dabei zweitrangig zu sein. Dafür wird man ja gut bezahlt. 10 Stunden am Tag eine Maske aus Make-Up und Dauerlächeln tragen, keine Privatgespräche, die Arbeitskleidung ist so knapp wie die Pausenzeit. So erinnern viele Kostüme eher an eine Erotik- als an eine Automesse. Die meisten Hostessen sind weiblich und Studentinnen – kaum ein Aussteller stellt Männer an die Autos.

Die Besuchermassen schieben sich





wie australische Rinderherden in der Hitze der Hallen an den an den Wagen vorbei. Sie gaffen erst die Frauen, dann die Autos an. Manchmal denke ich, sie fangen auch bald an zu sabbern, und vor Freude laut loszumuhlen, wenn es ihnen gelingt, sich einen Platz in einem Sportwagen mit einer heißen Blondine zu erkämpfen. Die heiße Blondine findet das meistens nicht halb so lustig wie der Ochse, der neben ihr sitzt, aber es ist eben ihr Job so zu tun als ob.

Auch ich bin Hostesse. Allerdings stehe ich am Empfang und mein Tresen schützt mich vor der Stampede. Mein Arbeitgeber hat sich zudem für recht konservative Kostüme mit hochgeschlossener Bluse und Jacket entschieden. Und obwohl mir die Strumpfhose zwischen den Beinen hängt, der Rock bis über den Bauchnabel reicht und mir unglaublich warm ist, bin ich froh über dieses Outfit. An anderen Ständen müssen sich Kolleginnen spärlich ausgerüstet mit Ausschnitten bis zum Bauchnabel, High-Heels und Minirock gegen die blökende Herde durchsetzen. Ständig sind sie Belästigungen durch das Besucherpublikum ausgesetzt: »Krieg ich dich dazu, wenn ich das Auto kaufe?« ist der Standardanspruch, über den sich Keiner mehr aufregen kann. Die durchaus unangenehme Anrede »Geile Schlampe« und Sprüche wie »Ich hol dich ab, wenn du Mittagspause hast« sind dahingegen beängstigend und hinterlassen viele mit einem schalen Gefühl. Dabei ist es oft Anweisung der Standleitung immer freundlich und nett zu bleiben. Leider ist der Kunde bei vielen Ausstellern, so pervers er auch sein mag, immer König. Viele Messehostessen leiden unter dem Exhibitionismus und dem Passivitätsgebot, das ihre Arbeitgeber von ihnen fordern. Natürlich werden Menschen, die tätliche Übergriffe starten, sofort des Standes verwiesen. Alles andere allerdings muss geduldig lächelnd ertragen werden. Dazu gehört auch das fotografiert werden. Es mag einige Mädels geben, die hoffen, auf dieser

Messe als Models entdeckt zu werden und sich gerne von oben und unten und hinten und vorne fotografieren lassen. Für die meisten ist es jedoch eine seelische Belastung, wenn sie entdecken, dass etliche Bilder ihrer Hintern, Brüste und Beine digital um die Welt reisen. Derlei Aufnahmen gelten als Trophäen unter vielen Messebesuchern, und es wird eine ungeheure Kreativität an den Tag gelegt, die Objekte abzulichten. Dank der neuen kleinen Digicams in jedem Handy, fällt es oft gar nicht auf, wenn mal schnell ein Bild aus der Froschperspektive heraus unter den Rock einer Hostesse geschossen wird. Es scheint eine Art neuer Sport zu sein, Frauen möglichst demütigend und unbemerkt abzulichten. Aber auch falls man etwas bemerkt, gilt das erste Hostessengebot: »Immer nett lächeln.«

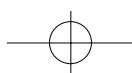
Ein Stichwort bei Google genügt und es finden sich tausende solcher geschmackloser Aufnahmen wieder. »Selbst dran Schuld, wenn man solch einen Job annimmt«, magst du als Leser jetzt denken. Eben das denke ich nicht. Viele wissen ja im Vorhinein gar nicht, worauf sie sich einlassen. Sie werden meist von irgendeiner Agentur gecastet und dann den Firmen feilgeboten. Je nach Körpermaßen, Haarfarbe und anderen abstrusen Kriterien werden sie dann zugeteilt. Das Gehalt ist manchmal so gut, dass man davon ein Semester lang leben kann, und so sagt man sich, dass es so schlimm schon nicht werden wird. Erst nach der Schulung, wenn der Vertrag schon unterschrieben ist, erfährt man meist, welche Art von Kostüm sich der Arbeitgeber gewünscht hat, und dann ist es zumeist schon zu spät: Das Gehalt ist fest eingepflanzt und die Agentur macht Druck, dass es so schnell keinen Ersatz mehr gibt, wenn man jetzt das Handtuch schmeißt.

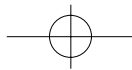
Es kommt ja auch immer auf den Arbeitgeber an, ob die Messe dann tatsächlich zum Horror wird oder nicht: Leider folgen aber alle Unternehmen kapitalistischen Prinzipien und richten sich nach dem, wo von sie sich die beste

Werbung für ihr Produkt versprechen. Da der potenzielle, kaufkräftige Autokäufer zudem nach wie vor immer noch mehrheitlich männlich ist, bedienen die Firmen, deren Managementebenen ebenfalls überwiegend von Männern besetzt sind, die vermeintlichen Wünsche dieser Zielgruppe. Gnadenlos werden so jegliche Klischees erfüllt. Beim Wandel über die Automesse ist es so, als hätte es eine Frauenbewegung nie gegeben, als sei man in einer Parallelwelt gelandet, die all das verwirklicht hat, wogegen Frauen seit Jahrzehnten in der realen Welt gekämpft haben. Leider kann ich nicht behaupten, dass alleine die Autoindustrie an dieser Reproduktion weiblicher Stereotypen Schuld hat, denn die Besuchermassen schreien ja nicht gerade »Skandal, wo ist die Frauenbewegung hin« und formieren sich zu einer eierwerfenden Spontandemo. Und die Medien berichten auch sehr brav wie »schön« und sexy alles auf der IAA ist und sind glücklich in den Hostessen gutes Layoutmaterial für ihre langweiligen Berichte zu finden.

»Es geht hier wirklich nur um Autos. Sieg des Realitätsprinzips also.« Fast schon bewundernswert, wie Dirk Knipphals in seinem Artikel *Für die Aura muss geschuftet werden* (17.09. taz) so total verkennt, um was es wirklich geht. Es geht auf der IAA vor allem und zuerst doch um Eines: Das Zelebrieren alter Klischees zwischen Mann und Frau, Schaffen einer schönen heilen Traumwelt, in der so komplexe Worte wie *gender mainstreaming* getrost noch als unwichtige Fremdwörter abgestempelt werden können. Und so ist die 60. IAA ist nicht nur mit einem Rekord von einer Millionen Besuchern, sondern auch mit einer unglaublichen Demonstration männlichem Chauvinismus zu Ende gegangen. Leider scheint der Presse letzteres vor lauter voreiliger Freude auf den *Konjunkturfrühling* (www.faz.net 23.09.03) entgangen zu sein.

Kerstin Schnatz





Vom ›Westfälischen Frieden‹ zum globalen Blutvergießen

Über den Militarismus in der ›Friedensstadt‹ Münster

Die westfälische Funktionselite bezeichnet Münster gerne als ›Friedensstadt‹, da hier von 1645 bis 1648 das Ende des Dreißigjährigen Krieges ausgehandelt wurde. Was im Münsteraner ›Stadtmarketing-Konzept‹ jedoch komplett unter den Tisch fällt: hier befinden sich zahlreiche Militäreinrichtungen, die die Beteiligung der ›Friedensstadt‹ an den neuen globalen Kriegen der kapitalistischen Hauptländer dokumentiert. An Kriegen, die im Namen der Terrorbekämpfung geführt, mit denen aber völkerrechtswidrig lediglich materielle Interessen durchgesetzt werden, und die zahllose Opfer von der Zivilbevölkerung der ›bekriegten‹ Länder fordern: Tausende von Toten und Verletzten, getötet mit sogenannten *smart bombs* im Namen der Freiheit ...

›Friedensstadt‹ mit Kriegsbeteiligung – klingt doch widersprüchlich, oder? Aber der Militarismus westfälisch-provinzieller Prägung geht noch weiter: In Münster gibt es nicht nur die *Westfälische Wilhelms-Universität* und den *Kaiser-Wilhelm-Ring*, benannt nach dem deutschen Weltkriegskaiser, Wilhelm II., der in seinen späteren Jahren zur Ermordung deutscher Juden und Jüdinnen vorschlug: »Das Beste wäre Gas!« (zit. n. Röhl, C.G. in: DIE ZEIT vom 25. November 1994). Hier findet sich auch eine der größten zusammenhängenden Freiflächen Europas, der *Hindenburgplatz* – benannt nach dem Reichskanzler, der dem Weltkriegs-

diktator Hitler den Steigbügel hielt. Weitere zahlreiche Straßen und Plätze sind nach U-Boot-Kommandanten und Generälen benannt, die in jenen Armeen ›gedient‹ haben, die die Weltkriege des letzten Jahrtausends vom Zaun gebrochen haben. An diese Armeen erinnern auch zahlreiche ›Kriegerdenkmäler‹, die verteilt über das ganze Stadtgebiet zu finden sind. Wer einen Spaziergang über die Promenade macht, den citynahen Grüngürtel der Stadt, kann ihnen nicht entgehen!

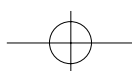
Den *Hindenburgplatz* gibt es jetzt auch in Kabul. Denn dort sind bundesdeutsche Soldaten stationiert, um ihr Land »am Hindukusch zu verteidigen«, wie es der aktuelle Kriegsminister der SPD auf den Punkt brachte. Und es geht dort tatsächlich vor allem um die Bundesrepublik, denn wie ist es sonst zu erklären, daß von den 5.000 ISAF-Soldaten rund die Hälfte Schwarz-Rot-Gold tragen? Das Kommando der ISAF in Afghanistan hatte bis Mitte Juli übrigens das Deutsch-Niederländische Korps inne, das hier in Münster am Hindenburgplatz sowie in der *Prins Clauskaserne* an der Grevener Straße seinen Sitz hat. Dieser Einsatz bildete den erfolgreichen Abschluß des Umbaus dieses Korps zur Kommandoebene für *Schnelle Eingreiftruppen* der NATO. Den 1.500 überwiegend deutschen und niederländischen Offizieren können nun bis zu 60.000 Soldaten aus diversen Armeen der NATO-Mitgliedsländer unterstellt werden. Afghanistan bildete somit den Auftakt für die künftigen »Friedensmissionen« nach der neuen bundesdeutschen Militärdoktrin, den sog. *Verteidigungspolitischen Richtlinien*.

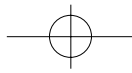
Schnelle Eingreiftruppen heißen im übrigen so, weil sie schnell verlegt werden können, nämlich innerhalb von wenigen Tagen an jeden Ort der Welt. Eben überall dorthin, wo sich ein ›Hindukusch‹ finden läßt! Dafür sorgt das Lufttransportkommando der Bundeswehr (LTKdo), das sich ebenfalls hier in Münster befindet, nämlich in der *Manfred-von-Richthofen-Kaserne* an der *Manfred-von-Richthofen-Straße*/Ecke Hohenzollernring. Von Richthofen war ein ›Fliegerheld‹ der deutschen Reichswehr im Ersten Weltkrieg, die Hohenzollern ein kriegsreiches Kaisergeschlecht. Seit 1968 koordinierte das LTKdo überwiegend ›humanitäre Einsätze‹ der Lufttransportflotte der Bundeswehr. Aber das ist seit 1993, seit Somalia, vorbei: Seit



Kriegerdenkmal an der Promenade: Beweis für Militarismus oder traditionelle Gedenkstätte

dju





dem ersten out-of-area-Einsatz der Bundeswehr, als mehrere hundert deutsche Soldaten sieben indischen Soldaten zum Schutz zur Seite gestellt wurden, was selbst für Die Grünen ein Skandal war, weil sie damals noch gegen Kriege waren, sind die ›Güter‹ dieser ›humanitären Transporte‹ heute nicht mehr nur Decken, Zelte und Lebensmittel, sondern auch Kampftruppen der Bundeswehrmacht.

Das i-Tüpfelchen wäre noch, herauszufinden, welche Rüstungsfirmen sich in Münster und Umgebung befinden. Denn einige der hiesigen Unternehmer – gruppiert um die der Nazi-Nähe bezichtigte Oetker-Dynastie – lobten jüngst einen ›Friedenspreis‹ aus, der es in sich hat, und der zu dieser ›Friedensstadt‹ paßt: Bisherige Preisträger waren Altkanzler Helmut Kohl, der Kosovo-albanische ›Politiker‹ Ibrahim Rugova sowie die Chefanklägerin des Haager Kriegsverbrechertribunals für Ex-Jugoslawien, Carla del Ponte. Und neulich, kurz nach dem verkündeten Ende des Dritten Golfkrieges, stand der US-amerikanische Botschafter, Daniel Coats, auf Einladung des Oberbürgermeisters sowie der juristischen Fakultät (sic!) auf einem Balkon am Prinzipalmarkt, direkt neben dem *Rathaus des Westfälischen Friedens*. Die westfälischen Kapitalisten konnten sich wohl gerade noch beherrschen, anstatt ihm sogleich ihren ›Friedenspreis‹ anzuheften. Jedenfalls soll es anlässlich seines Besuches tatsächlich noch einmal Antikriegsproteste gegeben haben. Ein Beteiligter wurde von der Obrigkeit in dieser Stadt angezeigt, weil er »Shame on you!« gerufen hat, ein Polizist aber ganz deutlich »Mörder!« verstanden haben will.

Hand aufs Herz: Wäre es nicht ein eklatanter Rechtsbruch sowie eine bodenlose Unverschämtheit, beim Besuch des US-amerikanischen Botschafters auf einem kunstvoll gestalteten Kanaldeckel des *Westfälischen Friedens* zu stehen und nach diesem blitzsauberen Krieg der ›Kriegswilligen‹ gegen den Irak, an dem die Deutschen überhaupt nicht beteiligt waren – ganz bestimmt nicht, wirklich nicht, ehrlich nicht, behauptet jedenfalls die rotgrüne Regierung! – den Repräsentanten jenes Staates als Mörder zu beschimpfen, der sich aufgrund seiner Rolle, die Gott ihm nun einmal zugewiesen hat, dazu bewogen fühlt, global für Chaos und Krieg zu sorgen, vor allem dort, wo sich wichtige Ressourcen befinden? Hat er aber nicht. Aber er hätte ruhig sollen!

Edo Schmidt

Die Polizei, dein Freund und Helfer?

Da fährt man also eines Abends zu Beginn des Wintersemesters eine bekannte Hauptstraße in Münster mit dem Fahrrad entlang. Weil der Dynamo und das Licht immer wieder kaputtgegangen waren – zum Beispiel durch nette Zeitgenossen, die Fahrradern gerne mal einen Tritt versetzen – hat man sich irgendwann batteriebetriebene Lichter zugelegt. Da es dunkel ist, hat man sie natürlich eingeschaltet, man kennt ja die münsteraner Polizei. An der Einmündung einer Querstraße muss man an einer roten Ampel warten, so dass man einen Blick auf das Geschehen 25 Meter vor einem hat. Dort steht ein Fahrradpolizist, der dabei ist, Geld von Radfahrern einzusammeln, die ohne Licht unterwegs sind. So weit, so gut, man hat ja Licht. Die Ampel wird grün, klick, Licht an, und losfahren. Doch, oh Schreck, der Akku ist leer, das Licht wird rapide schwächer, man ist noch 10 oder 15 Meter von dem Polizisten entfernt.

Dieser war gerade im »Gespräch« mit einem anderen Radfahrer und blickt auf einmal auf. Durch die eigene Geschwindigkeit ist man mittlerweile auf 5 Meter herangekommen, ist dabei, sowieso langsamer zu werden, um die Akkus zu wechseln, schließlich hat man Ersatzakkus dabei.

»Hey, Fahrradfahrer!« ruft der Polizist auf einmal. »Kommen Sie mal her!« Da man der Polizei ja nicht widersprechen darf, rollt man halt in Richtung des Polizisten und nicht in Richtung der nächsten Laterne aus, wo man mehr Licht hat, was beim Akkuwechsel hilfreich ist.

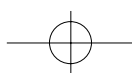
»Sie sind ohne Licht unterwegs! Das kostet 10 Euro!« – »Mein Akku ist gerade leer, ich wollte ihn da vorne wechseln. Sehen Sie selbst, das Licht glimmt noch leicht.« – »Jaja, ich habe Sie schon an der Ampel da vorne ohne Licht gesehen.« – »Ja, wenn ich stehe, dann mache ich das Licht aus.« – »Nein, das kostet jetzt 10 Euro. Haben Sie das Geld dabei?« – »Nein.« – »Dann bekomme ich jetzt Ihren Personalausweis!«

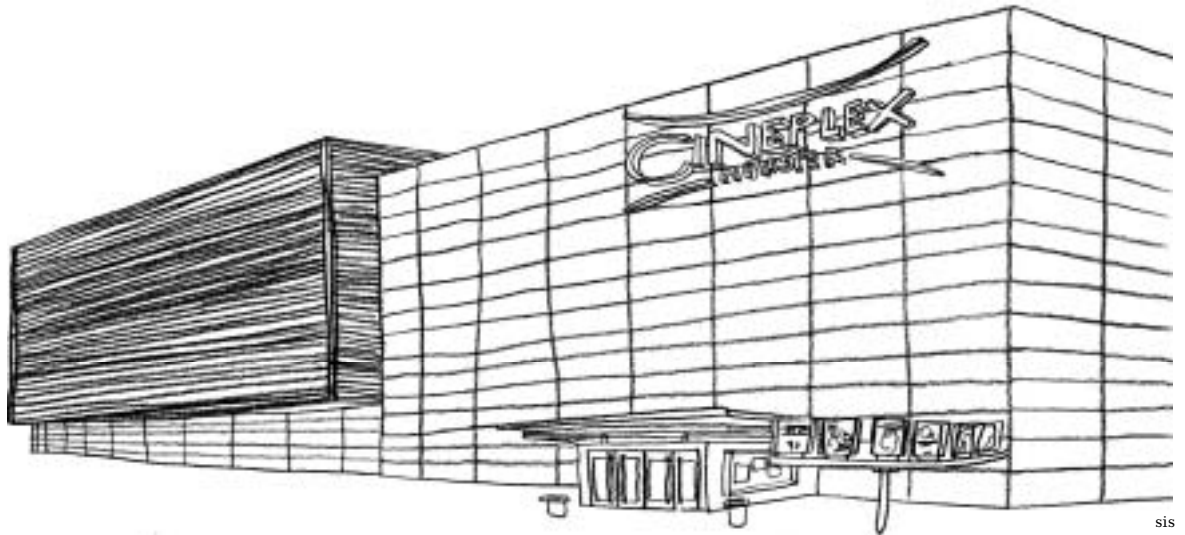
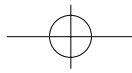
Tja. Was soll man da machen? Offenbar erwartet die Polizei, dass man, sobald der Akku leer ist, eine Vollbremsung macht, sein Fahrrad ohne Rücksicht auf Verluste auf der Stelle anhält, herunterspringt und erst dann weiterzudenken. Oder soll man doch besser mit dem Auto fahren?

Und was denkt so ein Polizist in dem Moment? Will der einen beleidigen, indem er einem implizit unterstellt, man würde ganz bewusst im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte und mit 6 Jahren Erfahrung mit der Verkehrspolizei in Münster ohne Licht an ihm vorbeifahren wollen? Oder meint er tatsächlich, man hätte ihn mit seiner grünen Kleidung und seinen weißen Reflektorstreifen nicht erkannt – an einer Kreuzung mitten in Münster bei guter Sicht und ausreichend Beleuchtung?

Da heißt es immer »Die Polizei – dein Freund und Helfer«; da wird immer gesagt, dass es ein Vertrauensverhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung geben soll; da beschweren sich Innenpolitiker verschiedenster Couleur über zu wenig Polizisten. Und dann sowas? Ja, sind die öffentlichen Kassen mittlerweile so leer? Oder was ist die Triebkraft hinter solchen Aktionen?

Baldo Sahlmüller





sis

Luxus Kino

Samstagabend, 18 Uhr. Unaufhaltsam rückt der Abend näher und ich weiß immer noch nicht, wie ich mir die Zeit vertreiben soll. Party? Hmm... kein wirklich gutes Angebot heute. Kneipenabend? Nicht schon wieder Kopfschmerzen. Kino? Kino! Streifen wie *Das Wunder von Bern*, *Liegen lernen* oder *Herr Lehmann* erleichtern die Entscheidung. Also ein paar Anrufe getätigt und ab zum Cineplex.

Den ersten Fehler des Abends habe ich schon vor Betreten des Kinos gemacht. Ich bin mit dem Auto unterwegs, das ich – dank ausgiebiger Parkverbote im Umfeld des Kinos – im Parkhaus unterbringen muss. Kostenpunkt: 2 Euro. Weiter geht's an der Kinokasse: Samstagabend bedeutet keine Ermäßigungen. 6,50 Euro das Ticket. Dazu das obligatorische Pils und eine Tüte Chips: 4,50 Euro. Der Kinoabend kostet also unter'm Strich satte 13 Euro pro Person! Das Kino ist trotzdem voll. Das Cineplex müsste die reinste Goldgrube sein – eigentlich.

Doch nun kommen die Pläne der Bundesregierung ins Spiel – und die hat mit den Kinobetreibern Böses vor. Das meinen zumindest der Hauptverband Deutscher Filmtheater (HDF) und Ulrich Becker, Geschäftsführer von Cineplex-Deutschland.

Der Regierungsentwurf für ein neues Filmförderungsgesetz sieht eine Erhöhung der Pflichtabgaben pro verkauftes Kinoticket um rund 30 % vor. Diese Abgabe, die auf jede verkaufte Eintrittskarte entfällt, geht an die Filmförderungsanstalt, die mit jährlich rund 77 Mio.

Euro (Stand 2003) deutsche Produktionen unterstützt, um den deutschen Film international wettbewerbsfähig zu machen.

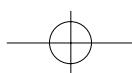
30 % ist eine satte Erhöhung und wird, so der Hauptverband Deutscher Filmtheater, viele Betriebe in Existenzprobleme stürzen. Cineplex-Deutschland, Mitglied in diesem Verband, setzt daher ganz auf Volkes Zorn: An alle Newsletter-Empfänger ging Ende September eine e-mail, in der sie aufgerufen werden, unter www.meinkinobinich.de ihre Unterschrift gegen die unverschämte Erhöhung zu setzen. Sonst – so kündigt Cineplex in der mail an – müssten die Kinopreise angehoben werden. Der Clou daran: Die Abgabe beträgt zur Zeit pro Kinoticket 10 bis 15 Cent – eine Erhöhung um 30 % entspräche also sage und schreibe 5 Cent mehr! Eine Preiserhöhung um 5 Cent hat Cineplex allerdings nicht im Sinn, wie Geschäftsführer Becker auf Anfrage mitteilte: »Aus kaufmännischen Erwägungen müsste die Erhöhung einen runderen Betrag ausmachen.« Kinobesucher dürfen sich also wohl demnächst auf eine Preiserhöhung um vermutlich 50 Cent gefasst machen. Auch wenn Becker beteuert, dass »zur Zeit noch keine Preisanhebungen geplant« seien. Die Abgabe also als prima Vorwand für Preiserhöhungen auf breiter Front?

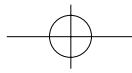
Eine Version, die Ulrich Becker natürlich vehement bestreitet: »Die Einnahmen durch den Ticketverkauf decken schon jetzt nicht die anfallenden Kosten.« Bei einem Ticketpreis von zum Beispiel 6 Euro gingen allein 2,75 Euro davon sofort an den Filmverleih, weitere Kostenfak-

toren seien die schon erwähnte Abgabe plus Gebühren und Steuern (ca. 60 Cent insgesamt) und insbesondere Miet- und Pachtzahlungen für die großen Cineplex-Häuser (ca. 1,30 Euro vom Ticketpreis). Der Rest der Einnahmen gehe für allgemeine Verwaltungs- und Personalkosten, sowie Werbung drauf. Am Ende stehe ein durchschnittlicher Verlust von – je nach Kino – bis zu 60 Cent pro Ticket, wie ein Consulting-Unternehmen im Auftrag der Kinobetreiber errechnete. Zusätzliche Einnahmequellen habe Cineplex nur bei den verkauften Getränken und Speisen sowie der Werbung vor den Hauptfilmen, denn die Parkhäuser seien nicht im Cineplex-Besitz. Erst dadurch werde der Kinobetrieb rentabel.

Versetzt also die Filmförderungsabgabe den deutschen Kinos den ›Todesstoß?‹ Häusern wie Cineplex wohl eher nicht, denn auch der HDF weist in einer Pressemitteilung darauf hin, dass die Abgabenerhöhung insbesondere umsatzschwache, also die noch verbliebenen kleinen Kinos, treffe. Der Kinogigant klagt also auf recht hohem Niveau und es bleibt rätselhaft, warum ausgerechnet die Mini-Mehrbelastung von 3 bis 5 Cent pro Ticket nun für eventuelle Preiserhöhungen herhalten soll. Vielleicht weil sich gegen die ›Gier‹ der unersättlichen Politiker so leicht mobilisieren lässt? Hier träfe es wohl die Falschen: die Zukunft des deutschen Kinofilms.

Stefan Küper





Schätze aus Ladakh

Seit 1978 ist Ladakh, das ›Land der hohen Pässe‹ im Norden Indiens, für den Tourismus geöffnet. Einerseits kommt dadurch Geld in die Kassen, um die Kunst- und Kulturschätze der Region zu bewahren. Andererseits sind die Klöster zwischen den weltweit größten Gebirgsketten Himalaya und Karakorum einem derart heftigen Besucherstrom ausgesetzt, dass ihr Bestand schon wieder bedroht ist.

Die Autorin Angelika Binczik und der Fotograf Roland Fischer hatten die große Ehre, eine der ältesten Sammlungen Tibetisch-Buddhistischer Wandmalereien, Stoffbilder und Bronzestatuen zu besichtigen und in ihrem Buch *Verborgene Schätze aus Ladakh* zu dokumentieren. Es heißt, das Oberhaupt des Klosters Phiyang habe die Veröffentlichung angeregt.

Das 368-Seiten starke Buch ist eine Hommage an die tibetische Kultur. Es setzt ihr ein Denkmal in der westlichen Welt. Denn fortan sind die Schätze Ladakhs nicht nur für abenteuerlustige Rucksacktouristen zugänglich, sondern auch von Bibliotheken und von zu Hause aus zu betrachten. Neben denen von Phiyang gewährte man den Fremden mit Notizblock und Fotoapparat einen Blick auf die Kunstwerke von Gurugompa und Wanla. Insgesamt repräsentieren sie ein tibetisches Kulturerbe aus dem 9. bis 16. Jahrhundert, welches seine Wurzeln auch in Indien, Nepal und China hat.

Zweifellos leisten Binczik und Fischer einen wertvollen Beitrag zum kunsthistorischen und völkerkundlichen Verständnis Ladakhs. Außerdem reiht sich neben die unzähligen Publikationen über europäische und somit meist christliche Kunstgeschichte endlich wieder ein Buch, das die künstlerischen Leistungen ein anderer Kultur nicht nur sensationalisiert, sondern analysiert. Deshalb ist (leider) auch anzumerken, dass von verborgenen Schätzen kaum noch die Rede sein kann.

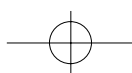
Michael Billig

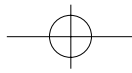
Verborgene Schätze aus Ladakh (Hidden Treasures from Ladakh)
Text: Angelika Binczik, Fotos: Roland Fischer. Otter Verlag, Deutsch-Englisch.
Großformat, Hardcover. 368 Seiten, 69,- Euro. ISBN 3-933529-04-2

Nelson George schreibt die Geschichte

Ende der 1940er Jahre wurde in der Musikzeitschrift Billboard die Hitparade für schwarze Musik von Race in Rythm and Blues umbenannt. Damit war die Synthese verschiedener Musikstile vom Gospel bis zum Blues bezeichnet, die alle aus den schwarzen Gemeinschaften in den USA hervorgegangen waren. Nelson George schreibt die Geschichte der schwarzen Musik in den USA als die Verfallsgeschichte des Rythm and Blues. Dabei will er neben der musikalischen Seite auch die sozioökonomische betont wissen. Aber wie aus anderen Bereichen der populären Kultur bekannt, geht der Niedergang der einen keineswegs unbedingt mit dem Scheitern der anderen einher. Zwar betont Nelson zu Beginn, eine wichtige Inspiration für die Musik sei immer auch der Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung gewesen, im Laufe der Geschichte scheint dieser Wunsch aber zurückzutreten gegenüber dem nach persönlichem Fortkommen. Und dass der soziale Aufstieg immer ein wichtiges Thema auch in der Musik der AfroamerikanerInnen war, zeigten offensiv ja nicht erst protzende Westküstenrapper in den 90ern. George montiert dieses Motiv gekonnt um die zentralen Fragen der politischen Kämpfe der schwarzen Community, der immerwährenden Auseinandersetzung um Assimilation und Integration auf der einen und Autonomie und Segregation auf der anderen Seite. Der Weg der schwarzen Musik von Jazz über Bebop, Soul und Funk zu Disco und Crossover, den Stilmischungen schwarzer Musik mit ›weißem‹ Mainstreampop in den 1980ern, wird als Abkoppelung der Musik von gesellschaftlichen Verhältnissen geschildert. Was für Rythm and Blues also selbstverständlich war, bleibt auf der Strecke der Integration, und findet sich auf andere Art und Weise erst im HipHop und Rap wieder.

George zieht die ganze Geschichte an der Entwicklung des schwarzen Radios auf, um die Zusammenhänge zwischen kleinen Labels, des Einzelhandels und der Repräsentation von Schwarzen in der Öffentlichkeit darzustellen.





Der DJ als Unternehmer

der ›schwarzen Musik‹ in den USA

Hier erfahren wir eine Menge über Aufstieg und Niedergang der schwarzen Plattenfirmen Motown (Detroit) und Stax (Memphis), lesen eine unüberschaubare Fülle von Abkürzungen für Radiostationen, für die ein Glossar nicht das Schlechteste gewesen wäre, und bekommen eine Reihe bekannter und unbekannter Namen eingeordnet in den Kontext der Stile und Sparten. Dabei ist es vielleicht paradigmatisch, dass bereits die ersten Radiosendungen, die in den 1930er Jahren speziell für ein schwarzes Publikum gesendet wurden, nicht aus identitätspolitischen Gründen, sondern deshalb über den Äther gingen, weil Werbefirmen Sendezeiten gemietet hatten, um neue, nämlich schwarze Käuferschichten zu erschließen. Dass die schwarze Emanzipation immer auch als ökonomische Unabhängigkeit gedacht war, ist die andere, stets umstrittene Seite dieser Entwicklung. Bereits in den 1950er Jahren, die Nelson die »Ära der Discjockeypersönlichkeit« nennt, wurde dieser Streit anhand an »Payola« ausgefochten, der Praxis von DJs, sich von Plattenfirmen für die Platzierung ihrer Produkte bezahlen zu lassen. Payola wird als eine Option verstanden, die zeigt, wie im kulturellen Feld angesichts der Ungleichbehandlung von Schwarzen am Musikmarkt, innerhalb der Grenzen einer rassistisch getrennten Gesellschaft also, operiert wurde. Zeitgleich errang die Bürgerrechtsbewegung ihre ersten Erfolge und fand in Texten und Auftreten von Künstlern wie Curtis Mayfield und dem ›Chicago Soul‹ in den frühen 1960er Jahren ihre kulturellen Arme bzw. Stimmen. Dies ist nur eines von unzähligen Beispielen, in denen es um die Wechselwirkung von Musik und sozialen Verhältnissen geht. Ein weiteres wäre die beschwichtigende Wirkung von James Brown oder den schwarzen Radiosendern angesichts der Riots in schwarzen Stadtteilen Ende des Jahrzehnts.

George hat mit dieser Mischung aus der Entwicklungsgeschichte von Institutionen, Politik und biographischem und stilgeschichtlichem Werdegang einzelner Musiker und Musikerinnen ein gut lesbares, unakademisch gehalte-

nes und spannendes Überblickswerk verfasst. Aber ein ›linkes Buch‹ hat er nicht geschrieben. Sein Schreiben aus der Perspektive ›wirtschaftlicher Autonomie‹ verengt den Autonomie-Begriff doch sehr aufs Finanzielle und verhindert damit eine beispielweise antikapitalistische Perspektive. Positive Identifikationsfigur ist George der ›schwarze Unternehmer‹, für den er bereits die ersten DJs hält. So bleibt der Blick auf den Einzelnen und seine potentielle Erfolgsstory gerichtet, gerade wo es immer wieder Versuche gab, diesem American Dream eine Kollektivgeschichte entgegenzusetzen. Nelson George schreibt damit auch nicht die Geschichte einer Subkultur. Im Englischen Original 1988 erschienen, nimmt das Buch bereits im Titel eine Verallgemeinerung vor, die 90er-Jahre-Theorie so nicht mehr durchgehen lassen würde (die eine ›schwarze Musik‹ kann es nicht geben, und wenn, dann würde sie gewiss nicht nur in den USA spielen). Zweitens kann es allein angesichts der unter dem Begriff ›schwarze Musik‹ subsumierten Bandbreite an AkteurInnen, musikalischen Stilen und politischen Richtungen kaum um einen subkulturellen Gegenentwurf gehen. Mit der Entwicklung ›eigener‹ schwarzer Normen und Werte oder der Schaffung ›anderer‹ Lebensverhältnisse, in musikalischen Subkulturen zum Beispiel, beschäftigt sich George denn auch nicht. Orientiert wird sich immer, so scheint es, an der weißen Dominanzgesellschaft. Und George perpetuiert diese Orientierung, so wäre ihm vorzuwerfen, durch seinen Blick auf den erfolgreichen Einzelnen: Schwer beeindruckt vom Selbstmanagement eines James Brown, zeigt sich George ganz hingerissen von den selbstbestimmten Karrieren von Prince und Michael Jackson.

Jens Kastner

Nelson George: *R&B. Die Geschichte der Schwarzen Musik*, Orange Press, Freiburg 2002. Aus dem Amerikanischen von Patrick Schnur. 287 Seiten, 15,- Euro. ISBN 3-936086-04-4

